1959	Ausgegeben zu Bonn am 1. Dezember 1959	Nr. 48
------	--	--------

Tag	Inhalt:	Seite
26. 11. 59	Gesetz zum Abkommen vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern	1269
26. 11. 59	Gesetz zum Abkommen vom 18. November 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer	1280
20. 10. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Fernmeldevertrages Buenos Aires 1952	1297
13. 11. 59	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zu dem Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Spanien vom 7. Mai 1926	1304

**Gesetz zum Abkommen vom 23. August 1958
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und
Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern.**

Vom 26. November 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 23. August 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern einschließlich des Schlußprotokolls zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkom-

men nebst Schlußprotokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen einschließlich des Schlußprotokolls zu diesem Abkommen nach Artikel 28 Abs. 1 des Abkommens in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. November 1959.

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und
Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT
DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG

SIND, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern Doppelbesteuerungen zu vermeiden und Grundsätze über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe aufzustellen, übereingekommen, das nachstehende Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Herrn Karl Graf von Spretti,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
in Luxemburg,

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:
Herrn Joseph Bech,
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten,
und
Herrn Pierre Werner,
Minister der Finanzen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen gilt für Steuern, die nach der Gesetzgebung jedes der beiden Vertragstaaten unmittelbar vom Einkommen oder vom Vermögen oder als Gewerbesteuer oder Grundsteuern für die Vertragstaaten, die Länder, die Gemeinden oder Gemeindeverbände (auch in Form von Zuschlägen) erhoben werden.

(2) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Bundesrepublik Deutschland:
 - a) die Einkommensteuer,
 - b) die Körperschaftsteuer,
 - c) die Abgabe Notopfer Berlin,
 - d) die Vermögensteuer,
 - e) die Gewerbesteuer,
 - f) die Grundsteuer;
2. im Großherzogtum Luxemburg:
 - a) die Einkommensteuer,
 - b) die Körperschaftsteuer,
 - c) die besondere Steuer von Tantiemen,
 - d) die Vermögensteuer,
 - e) die Gewerbesteuer,
 - f) die Grundsteuer.

(3) Das Abkommen ist auf jede andere ihrem Wesen nach gleiche oder ähnliche Steuer anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung in einem der Vertragstaaten eingeführt wird.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich über die Einführung neuer Steuern, wesentliche Änderungen oder die Aufhebung bestehender Steuern, die von diesem Abkommen betroffen werden, unterrichten.

Artikel 2

(1) Soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, bedeuten für die Zwecke dieses Abkommens:

1. der Begriff „Person“ sowohl natürliche als auch juristische Personen; Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die als solche der Besteuerung wie eine juristische Person unterliegen, gelten als juristische Personen;
2. der Begriff „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird;
 - a) Als Betriebsstätten gelten insbesondere:
 - aa) ein Ort der Leitung,
 - bb) eine Zweigniederlassung,
 - cc) eine Geschäftsstelle,
 - dd) eine Fabrikationsstätte,
 - ee) eine Werkstätte,
 - ff) ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
 - gg) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate überschreitet.
 - b) Als Betriebsstätten gelten nicht:
 - aa) die Benutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren,
 - bb) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung,
 - cc) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen,
 - dd) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen,
 - ee) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die für das Unternehmen vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.
- c) Eine Person, die in einem der Vertragstaaten für ein Unternehmen des anderen Staates

tätig ist — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Buchstabens d — gilt als eine in dem erstgenannten Staate belegene Betriebsstätte, wenn sie eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Staate Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

- d) Ein Unternehmen eines der Vertragstaaten wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Staate, weil es dort Geschäftsbeziehungen durch einen Makler, einen Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, sofern diese Person im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handelt.
- e) Die Tatsache, daß eine Gesellschaft mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Staat ihren Wohnsitz hat oder dort (entweder über eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein die eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen Gesellschaft.

3. der Begriff „zuständige Behörde“ in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen, im Großherzogtum Luxemburg den Minister der Finanzen oder seinen bevollmächtigten Vertreter;

4. der Begriff „Staatsangehörige“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf das Großherzogtum Luxemburg: alle luxemburgischen Staatsangehörigen;

Als Staatsangehörige gelten auch juristische Personen, die nach dem in dem einen oder anderen Vertragstaate geltenden Recht errichtet sind.

5. der Begriff „Unternehmen eines der Vertragstaaten“ oder „Unternehmen des anderen Staates“ ein gewerbliches Unternehmen, das von einer Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland oder von einer Person mit Wohnsitz im Großherzogtum Luxemburg betrieben wird, wie es der Zusammenhang erfordert.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen der Vertragstaaten wird jeder Begriff, der nicht in diesem Abkommen bestimmt worden ist, die Auslegung erfahren, die sich aus den Gesetzen ergibt, die in dem Vertragstaat in Kraft sind und sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens beziehen, falls der Zusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Artikel 3

(1) Eine natürliche Person hat einen Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens in dem Vertragstaat, in dem sie eine Wohnung hat unter Umständen, die darauf schließen lassen, daß sie die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

(2) Wenn eine natürliche Person in keinem der Vertragstaaten eine Wohnung unter den in Absatz 1 bezeichneten Umständen, aber in einem der Staaten einen gewöhnlichen Aufenthalt hat, so gilt der gewöhnliche Aufenthalt als Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens. Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand in einem Staate,

wenn er sich dort unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er in diesem Staate nicht nur vorübergehend verweilt.

(3) Hat eine natürliche Person nach den vorhergehenden Absätzen ihren Wohnsitz in beiden Vertragstaaten, so hat sie ihren Wohnsitz im Sinne der Artikel 4 bis 19 dieses Abkommens in dem Vertragstaate, zu dem die stärkeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen bestehen (Mittelpunkt der Lebensinteressen). Läßt sich der Mittelpunkt der Lebensinteressen nicht feststellen, werden die zuständigen Behörden der Vertragstaaten sich nach Artikel 26 verständigen.

(4) Eine natürliche Person, die an Land weder eine Wohnung unter den in Absatz 1 bezeichneten Umständen noch den gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne des Absatzes 2 hat, sondern sich gewöhnlich an Bord eines zu einem Unternehmen gehörenden Schiffes aufhält, hat ihren Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens in dem Vertragstaat, in dem sich der Ort der Leitung des Unternehmens befindet.

(5) Eine juristische Person hat ihren Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens in dem Vertragstaat, in dem sich der Ort ihrer Leitung befindet. Hat sie in keinem der Vertragstaaten den Ort ihrer Leitung, so ist der Ort ihres Sitzes maßgebend.

(6) Ort der Leitung im Sinne dieses Abkommens ist der Ort, an dem sich der Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung befindet. Befindet sich der Ort der Leitung eines Schifffahrtsunternehmens an Bord eines Schiffes, so gilt als Ort der Leitung im Sinne dieses Abkommens der Ort des Heimathafens des Schiffes.

Artikel 4

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs), das in dem anderen Staate liegt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung oder eine andere Art der Nutzung des unbeweglichen Vermögens (einschließlich der land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe) erzielten Einkünfte, insbesondere aus festen oder veränderlichen Vergütungen für die Ausbeutung von Bodenschätzen sowie für Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden.

(3) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten Einkünfte aus Forderungen, die durch Hypotheken oder andere Grundpfandrechte an einem in dem anderen Staate liegenden Grundstück gesichert sind, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Zu solchen Forderungen gehören Obligationen auch dann nicht, wenn sie durch unbewegliches Vermögen gesichert sind.

Artikel 5

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten als Unternehmer oder Mitunternehmer Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, dessen Tätigkeit sich auf das Gebiet des anderen Staates erstreckt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als sie auf eine dort befindliche Betriebsstätte des Unternehmens entfallen.

(2) Dabei dürfen der Betriebsstätte diejenigen Einkünfte zugerechnet werden, die sie erzielt hätte, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befaßt und Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen getätigt haben würde.

(3) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung oder eine andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte, sowie für Einkünfte aus der Veräußerung eines Betriebes im ganzen, eines Anteiles am Unternehmen, eines Teiles des Betriebes oder eines Gegenstandes, der im Betriebe benutzt wird.

Artikel 6

(1) Wenn ein Unternehmen eines der Vertragsstaaten vermöge seiner Beteiligung an der Geschäftsführung oder am finanziellen Aufbau eines Unternehmens des anderen Staates mit diesem Unternehmen wirtschaftliche oder finanzielle Bedingungen vereinbart oder ihm solche auferlegt, die von denjenigen abweichen, die mit einem unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen Einkünfte, die eines der beiden Unternehmen üblicherweise erzielt hätte, aber wegen dieser Bedingungen nicht erzielt hat, den Einkünften dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß im Verhältnis zweier Unternehmen, an deren Geschäftsführung oder Vermögen dieselbe Person unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Artikel 7

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten als Unternehmer oder Mitunternehmer Einkünfte aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen eines Unternehmens, das den Ort der Leitung in einem der Vertragsstaaten hat, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur dem Staate des Ortes der Leitung zu.

(2) Soweit der Vertragsstaat, in dem sich der Ort der Leitung befindet, das Besteuerungsrecht gegenüber einer Person mit Wohnsitz in dem anderen Staate nicht ausübt, hat dieser andere Staat das Besteuerungsrecht.

Artikel 8

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die ihren Wohnsitz in dem anderen Staat hat, so hat der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 9

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus selbständiger Arbeit, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte, wenn die Arbeit in dem anderen Staat ausgeübt wird oder ausgeübt worden ist. Artikel 12 bleibt unberührt.

(2) Die Ausübung selbständiger Arbeit in dem anderen Staate liegt nur dann vor, wenn der selbständig Tätige seine Tätigkeit unter Benutzung einer ihm dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für eine selbständig ausgeübte künstlerische, vortragende, sportliche oder artistische Tätigkeit.

(3) Artikel 5 Abs. 3 gilt sinngemäß.

(4) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten als Mitglied eines Aufsichtsrats, eines Verwaltungsrats oder als nicht geschäftsführendes Mitglied ähnlicher Organe Vergütungen von

einer juristischen Person, die ihren Wohnsitz in dem anderen Staat hat, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Vergütungen.

Artikel 10

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte, wenn die Arbeit in dem anderen Staat ausgeübt wird oder worden ist. Artikel 12 bleibt unberührt.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur in dem Vertragsstaate besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat, wenn dieser Arbeitnehmer

1. sich vorübergehend, zusammen nicht mehr als 183 Tage im Lauf eines Kalenderjahres, in dem anderen Staat aufhält,
2. für seine während dieser Zeit ausgeübte Tätigkeit von einem Arbeitgeber entlohnt wird, der seinen Wohnsitz nicht in dem anderen Staat hat, und
3. für seine Tätigkeit nicht zu Lasten einer in dem anderen Staate befindlichen Betriebsstätte oder ständigen Einrichtung des Arbeitgebers entlohnt wird.

(3) Wenn eine natürliche Person ständig oder vorwiegend an Bord von Schiffen oder Luftfahrzeugen Dienste leistet, so gilt die Arbeit als in dem Vertragsstaate ausgeübt, in dem sich der Ort der Leitung des Unternehmens befindet, das Arbeitgeber ist. Solange dieser Staat die Einkünfte aus derartiger Arbeit nicht besteuert, hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 11

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus Löhnen, Gehältern oder ähnlichen Vergütungen, die einer der beiden Staaten oder ein Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten gewährt, so hat der Staat der öffentlichen Kasse das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Ist jedoch die natürliche Person Staatsangehöriger des Wohnsitzstaates, ohne zugleich Staatsangehöriger des Staates der öffentlichen Kasse zu sein, und übt sie ihre Tätigkeit im Wohnsitzstaat aus, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht.

(2) Auf Entgelte für Dienste, die in Verbindung mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaates oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleistet werden oder worden sind, ist Artikel 10 anzuwenden.

Artikel 12

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenspensionen oder ähnliche wiederkehrende Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Abweichend von Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht für Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspensionen oder ähnliche wiederkehrende Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, die einer der beiden Staaten oder ein Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten direkt

oder durch Vermittlung einer hierzu ins Leben gerufenen Institution des öffentlichen Rechts an seine Arbeitnehmer oder deren Hinterbliebene zahlt, diesem Staate zu.

(3) Absatz 2 ist auch anzuwenden auf Pensionen, Leibrenten sowie andere wiederkehrende oder nicht wiederkehrende Bezüge, die von einem der Vertragstaaten oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts dieses Staates als Vergütungen für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

Artikel 13

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten aus dem anderen Staate Dividenden, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Soweit in dem anderen Vertragstaate die Steuer von Dividenden im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird, bleibt das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs unberührt.

(3) Der Steuerabzug nach Absatz 2 darf 15 v. H. der Dividenden nicht übersteigen.

(4) Der Steuerabzug nach Absatz 2 darf jedoch 10 v. H. der Dividenden nicht übersteigen, wenn die Dividenden von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten an eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staate gezahlt werden, der mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft gehören.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 14

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten aus dem anderen Staate Zinsen, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(3) Zinsen im Sinne dieses Artikels sind Einkünfte aus Darlehen, Obligationen, Wechsel oder aus irgendeiner anderen Schuldverpflichtung, mit Ausnahme der Einkünfte, für die Artikel 4 Abs. 3 gilt. Für Einkünfte aus Wandelanleihen und Gewinnobligationen ist Artikel 13 Abs. 1, 2, 3 und 5 anzuwenden.

Artikel 15

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten aus dem anderen Staat Einkünfte aus Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten, Patenten, Gebrauchsmustern, Herstellungsverfahren, Warenzeichen oder ähnlichen Rechten (außer Rechten, die die Ausbeutung von Bodenschätzen betreffen), so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Wie Lizenzgebühren werden Mietgebühren und ähnliche Vergütungen für die Überlassung kinematographischer Filme (einschließlich der Filme, die für Fernsendungen verwendet werden), für die Benutzung

gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Überlassung gewerblicher Erfahrungen behandelt.

(3) Soweit in dem anderen Vertragstaate die Steuer von Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird, bleibt das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs unberührt. Der Steuerabzug darf jedoch 5 v. H. der Lizenzgebühren oder der anderen Vergütungen nicht übersteigen.

(4) Absatz 1 gilt auch für die Einkünfte aus der Veräußerung der dort genannten Rechte.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 16

Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten Einkünfte, für die in den vorhergehenden Artikeln keine Regelung getroffen ist, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 17

Hochschullehrer oder Lehrer mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten, die während eines vorübergehenden Aufenthaltes von höchstens zwei Jahren für eine Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen Lehranstalt in dem anderen Staat eine Vergütung erhalten, werden hinsichtlich dieser Vergütung nur in dem Wohnsitzstaate besteuert.

Artikel 18

Studenten, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre aus einem der Vertragstaaten, die sich nur zum Studium oder zur Ausbildung in dem anderen Staat aufhalten, werden wegen der von ihnen für Lebensunterhalt, Studium oder Ausbildung empfangenen Bezüge von diesem anderen Staate nicht besteuert, wenn diese ihnen von außerhalb dieses Staates zufließen.

Artikel 19

(1) Das Besteuerungsrecht für Vermögen einer Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten, soweit es besteht aus:

- a) unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs),
- b) durch Hypotheken oder andere Grundpfandrechte gesicherten Forderungen oder
- c) Vermögen, das einem gewerblichen Unternehmen dient,

hat der Staat, der nach diesem Abkommen das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen hat.

(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten hat dieser Staat.

Artikel 20

(1) Wenn der Wohnsitzstaat nach den vorhergehenden Artikeln für Einkünfte oder Vermögensteile das Besteuerungsrecht hat, so darf der andere Staat diese Einkünfte oder Vermögensteile nicht besteuern. Artikel 13 Abs. 2, Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 und Artikel 15 Abs. 3 bleiben unberührt.

(2) Ist die Bundesrepublik Deutschland der Wohnsitzstaat, so wird sie die Einkünfte und Vermögensteile aus der Bemessungsgrundlage ausnehmen, für die nach den

vorhergehenden Artikeln das Großherzogtum Luxemburg ein Besteuerungsrecht hat. Die Steuern für die Einkünfte oder Vermögensteile, die der Bundesrepublik Deutschland zur Besteuerung überlassen sind, werden jedoch nach dem Satz erhoben, der dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen der steuerpflichtigen Person entspricht. Dividenden, mit Ausnahme der unter Artikel 13 Abs. 4 fallenden Dividenden, Zinsen für Wandelanleihen und Gewinnobligationen und Lizenzgebühren sind abweichend von Satz 1 nicht aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen; die von diesen Einkünften im Abzugsweg erhobene luxemburgische Steuer wird auf die nach einem durchschnittlichen Steuersatz berechneten Steuern der Bundesrepublik Deutschland für diese Einkünfte angerechnet.

(3) Anteile an einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in Luxemburg, die einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland gehören, sind aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen, wenn die Beteiligung mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der letztgenannten Gesellschaft beträgt.

(4) Ist das Großherzogtum Luxemburg der Wohnsitzstaat, so wird es die Einkünfte und Vermögensteile aus der Bemessungsgrundlage ausnehmen, für die nach den vorhergehenden Artikeln die Bundesrepublik Deutschland ein Besteuerungsrecht hat. Die Steuern für die Einkünfte oder Vermögensteile, die dem Großherzogtum Luxemburg zur Besteuerung überlassen sind, werden jedoch nach dem Satz erhoben, der dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen der steuerpflichtigen Person entspricht. Dividenden, die unter Artikel 13 Abs. 4 fallen, sind abweichend von Satz 1 zur Hälfte in die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer und in voller Höhe in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer einzubeziehen. Alle anderen Dividenden sowie Zinsen für Wandelanleihen und Gewinnobligationen und Lizenzgebühren sind abweichend von Satz 1 nicht aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen; die von diesen Einkünften im Abzugsweg erhobene Steuer der Bundesrepublik Deutschland wird auf die nach einem durchschnittlichen Steuersatz berechneten Steuern vom Einkommen des Großherzogtums Luxemburg für diese Einkünfte angerechnet.

(5) Anteile an einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in Luxemburg gehören, sind zur Hälfte aus der Bemessungsgrundlage der Vermögensteuer auszunehmen, wenn die Beteiligung mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der letztgenannten Gesellschaft beträgt. Dies gilt nicht für die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer.

Artikel 21

Dieses Abkommen berührt nicht die weitergehenden Befreiungen, die gegebenenfalls nach allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder besonderen Vereinbarungen den diplomatischen oder konsularischen Beamten zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen die Einkünfte und das Vermögen im Empfangsstaate nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

Artikel 22

(1) Weist eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der Vertragstaaten für sie die Wirkung einer Doppelbesteuerung gehabt haben oder haben werden, die diesem Abkommen widerspricht, so kann sie sich, unbeschadet eines innerstaatlichen Rechtsmittels, an die zuständige Behörde des Vertragstaates wenden, in dem sie ihren Wohnsitz hat oder dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so soll die nach Absatz 1 zuständige Behörde versuchen, sich mit der zuständigen Behörde des anderen Staates zu verständigen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Artikel 23

(1) Die beiden Vertragstaaten werden sich bei der Veranlagung und Erhebung der in Artikel 1 genannten Steuern gegenseitig Amts- und Rechtshilfe gewähren.

(2) Zu diesem Zweck werden sich die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die Mitteilungen machen, die zur Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Vermeidung von Steuerverkürzungen notwendig sind. Die zuständigen Behörden können Auskünfte ablehnen, die nicht auf Grund der bei den Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern ausgedehnte Ermittlungen notwendig machen würden.

(3) Der Inhalt der auf Grund dieses Artikels zur Kenntnis der zuständigen Behörden gelangten Mitteilungen ist geheimzuhalten, unbeschadet der Befugnis, ihn Personen zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften bei der Veranlagung oder der Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken. Diese Personen haben die gleiche Verpflichtung wie die zuständigen Behörden.

(4) Absatz 1 ist in keinem Falle so auszulegen, daß einem der Staaten die Verpflichtung auferlegt wird,

- a) verwaltungstechnische Maßnahmen durchzuführen, die den Vorschriften der beiden Vertragstaaten oder ihrer Verwaltungspraxis widersprechen;
- b) Einzelheiten mitzuteilen, deren Angabe nach den gesetzlichen Vorschriften der beiden Vertragstaaten nicht gefordert werden kann.

(5) Mitteilungen, die ein gewerbliches oder berufliches Geheimnis offenbaren würden, dürfen nicht gegeben werden.

(6) Mitteilungen können aus Gründen allgemeiner Staatsführung versagt werden.

Artikel 24

(1) Die beiden Vertragstaaten werden sich bei einer entsprechend ihren gesetzlichen Vorschriften durchgeführten Erhebung der in Artikel 1 genannten Steuern einschließlich der Steuerzuschläge, Verspätungszuschläge, Zinsen und Kosten Hilfe und Beistand leisten, wenn diese Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind.

(2) Dem Ersuchen sind die Urkunden beizufügen, die nach den Gesetzen des ersuchenden Staates erforderlich sind, um nachzuweisen, daß die einzuziehenden Beträge rechtskräftig geschuldet sind.

(3) Beim Vorliegen dieser Urkunden sind die Zustellungen, Einziehungs- und Beitreibungsmaßnahmen in dem ersuchten Staate nach den Gesetzen durchzuführen, die für die Einziehung und Beitreibung der eigenen Steuern anwendbar sind. Insbesondere sind die Vollstreckungstitel in der Form auszufertigen, die in den gesetzlichen Vorschriften dieses Staates vorgesehen ist.

(4) Bei noch nicht rechtskräftigen Steuerforderungen kann der Gläubigerstaat für die Wahrung seiner Rechte von dem anderen Staate verlangen, daß die Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, die nach den gesetzlichen Vorschriften des anderen Staates zulässig sind.

Artikel 25

(1) Die Staatsangehörigen eines der Vertragstaaten dürfen in dem anderen Staate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unter-

worfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Staatenlose dürfen in einem Vertragsstaate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen dieses Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen einer der Vertragsstaaten in dem anderen Staat unterhält, darf in dem anderen Staate nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen dieses anderen Staates, die die gleichen Tätigkeiten ausüben.

Diese Vorschrift ist nicht dahin auszulegen, daß sie einen der Vertragsstaaten verpflichtet, Personen mit Wohnsitz in dem anderen Staate Steuerfreibeträge, -vergünstigungen oder -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den Personen mit Wohnsitz in seinem Gebiete gewährt.

(4) Die Unternehmen eines der Vertragsstaaten, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer Person mit Wohnsitz in dem anderen Staat oder mehreren solchen Personen gehört oder der Kontrolle dieser Personen unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Staate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Der Ausdruck „Besteuerung“ bezieht sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens.

Artikel 26

(1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten werden die Verwaltungsmaßnahmen treffen, die

für die Anwendung dieses Abkommens, insbesondere für die Anwendung der Artikel 13, 23 und 24 notwendig sind.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können bei der Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(3) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten, sowie zur Beseitigung von Härten auf Grund einer Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, werden sich die zuständigen Behörden verständigen.

Artikel 27

Dieses Abkommen ist auf die Steuern anzuwenden, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1956 erhoben werden.

Artikel 28

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifizierungsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifizierungsurkunden in Kraft.

(2) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres, aber nicht vor 1961, das Abkommen gegenüber dem anderen Staate schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen letztmals anzuwenden auf die Steuern, die für das Kalenderjahr erhoben werden, in dem die Kündigung ausgesprochen wird.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterfertigt und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Luxemburg am 23. August 1958 in zwei Urschriften.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Karl Graf von Spreti

Für das
Großherzogtum Luxemburg:
Bech
P. Werner

Schlußprotokoll

BEI DER UNTERZEICHNUNG des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärung abgegeben, die einen integrierenden Teil des Abkommens selbst bildet:

Zu Artikel 1

1. Das Abkommen gilt nicht für Holdinggesellschaften im Sinne der besonderen luxemburgischen Gesetze (zur Zeit Gesetze vom 31. Juli 1929 und 27. Dezember 1937). Es gilt auch nicht für Einkünfte, die eine Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland von diesen Holdinggesellschaften bezieht, und für Anteile an diesen Gesellschaften, die dieser Person gehören.
2. Das Abkommen erstreckt sich nicht auf einmalige Steuern vom Vermögen oder Vermögenszuwachs.
3. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich ins Einvernehmen setzen, wenn Zweifel entstehen sollten, auf welche künftigen Steuern das Abkommen anzuwenden ist, damit das Abkommen dahin ausgelegt oder geändert werden kann, wie es erforderlich erachtet wird.

Zu Artikel 2

4. Ein Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhof in einem der Vertragsstaaten, der auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiden Vertragsstaaten errichtet worden ist, wird nicht als Betriebsstätte eines Eisenbahnunternehmens des anderen Vertragsstaates behandelt.
5. Ein Versicherungsunternehmen eines der Vertragsstaaten begründet eine Betriebsstätte in dem anderen Staate, wenn das Unternehmen durch einen Vertreter — mit Ausnahme eines Vertreters im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe d — im Gebiete des anderen Staates Prämien empfängt oder durch den Vertreter auf diesem Gebiete gelegene Risiken versichert.

Zu Artikel 4

6. Artikel 4 gilt auch für Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts der Vertragsstaaten über Grundstücke unterliegen.
7. Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden, sind auch Einkünfte aus der Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes und Spekulationsgewinne, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen anfallen. Renten, die als Gegenleistung für die Veräußerung von unbeweglichen Vermögensgegenständen gezahlt werden, können nur in dem Vertragsstaate besteuert werden, in dem der Rentenempfänger seinen Wohnsitz hat.

Zu Artikel 5

8. Artikel 5 Abs. 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die nach einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

9. Die Vorschrift des Artikels 5 Abs. 1 ist nicht dahin auszulegen, daß sie einen der Vertragsstaaten hindert, die Einkünfte aus seinem Gebiet, die einer Person mit Wohnsitz in dem anderen Staate zufließen (z. B. Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren usw.), nach Maßgabe des Abkommens zu besteuern, wenn diese Einkünfte keiner in dem Gebiet des erstgenannten Staates belegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind.
10. Bei der Ermittlung der aus der Tätigkeit einer Betriebsstätte erzielten Einkünfte nach Artikel 5 Abs. 2 ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebsstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebsstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden; insbesondere ist die Vereinbarung von Zinsen oder Lizenzgebühren zwischen den Betriebsstätten desselben Unternehmens unbeachtlich. In besonderen Fällen kann bei der Ermittlung der Einkünfte der Betriebsstätte der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten sollen sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verständigen, wenn dies für die Zurechnung der Einkünfte im einzelnen Fall erforderlich ist.

Zu den Artikeln 5, 7 und 13

11. Wie ein Unternehmer wird ein stiller Gesellschafter behandelt, wenn mit seiner Beteiligung eine Beteiligung am Vermögen des Unternehmens verbunden ist. Ist dies nicht der Fall, so werden die Einkünfte aus der Beteiligung als stiller Gesellschafter als Dividenden (Artikel 13) behandelt.
12. Der Besitz von Aktien, Kuxen, Anteilscheinen und ähnlichen Wertpapieren, von Anteilen an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie von Anteilscheinen einer Kapitalanlagegesellschaft macht den Besitzer nicht zum Unternehmer oder Mitunternehmer. Einkünfte aus diesen Wertpapieren und Anteilen werden als Dividenden (Artikel 13) behandelt.

Zu Artikel 7

13. Artikel 7 gilt auch, wenn der Betrieb mit gecharterten oder gemieteten Fahrzeugen durchgeführt wird. Er gilt ebenfalls für Agenturen, soweit die Tätigkeit der Agentur unmittelbar mit dem Betrieb oder dem Zubringerdienst zusammenhängt.
14. Artikel 7 gilt auch für Beteiligungen von Unternehmen der Seeschifffahrt, der Binnenschifffahrt oder der Luftfahrt an einem Pool oder an einer Betriebsgemeinschaft.
15. Artikel 7 Abs. 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die nach einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

Zu Artikel 9

16. Artikel 9 Abs. 4 gilt nur für Vergütungen, die für eine beaufsichtigende Tätigkeit gewährt werden. Vergütungen für eine andere Tätigkeit sind nach Artikel 10 oder 11 zu behandeln.

Zu Artikel 10

17. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sind insbesondere: Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige Bezüge, geldwerte Vorteile und Entschädigungen der in einem Dienstverhältnis beschäftigten natürlichen Personen.
18. Ist der Arbeitgeber eine Personengesellschaft, so gilt als Wohnsitz im Sinne des Artikels 10 Abs. 2 Nr. 2 der Ort der Leitung.
19. Artikel 10 Abs. 1 gilt nicht für Studenten aus einem der Vertragsstaaten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen des anderen Staates nicht mehr als 183 Tage im Lauf eines Kalenderjahres beschäftigt werden, um die notwendige praktische Ausbildung zu erhalten; in diesem Falle hat der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht.

Zu Artikel 11

20. Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen, die die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundesbank, die Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois und die Administration Luxembourgeoise des P. T. T. zahlen, fallen unter Artikel 11 Abs. 1 und nicht unter Artikel 11 Abs. 2.

Zu Artikel 13

21. Solange in der Bundesrepublik Deutschland der Satz der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als der Steuersatz für nicht ausgeschüttete Gewinne, gilt für Beteiligungen im Sinne des Artikels 13 Abs. 4 das Folgende:
 - a) Beträgt der Unterschied 10 v. H. oder mehr, so darf der Steuerabzug in der Bundesrepublik Deutschland 15 v. H. der Dividenden nicht übersteigen.
 - b) Beträgt der Unterschied 20 v. H. oder mehr, so darf bei Dividenden, die nach dem 31. Dezember 1958 gezahlt werden, der Steuerabzug in der Bundesrepublik Deutschland 25 v. H. nicht übersteigen.

Zu Artikel 15

22. Soweit in Verträgen Entgelte als Lizenzgebühren oder andere Vergütungen vereinbart werden, die sachlich verdeckte Gewinnausschüttungen sind, ist Artikel 13 anzuwenden.

Zu den Artikeln 13, 14 und 15

23. Die Vorschriften der Artikel 13 Absätze 3 und 4, Artikel 14 Abs. 1 und Artikel 15 Abs. 3 schließen nicht aus, daß Abzugsteuern zunächst nach den Sätzen er-

hoben werden, die ohne Berücksichtigung des Abkommens anzuwenden wären. Soweit die einbehaltene Steuer die Steuer übersteigt, die sich bei Anwendung der Vorschriften dieses Abkommens ergibt, ist der übersteigende Betrag auf Antrag des Gläubigers dieser Beträge zu erstatten. Die Erstattung ist vorzunehmen, wenn der Antrag auf Erstattung innerhalb einer Frist von zwei Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Zufließens der Beträge gestellt wird; für Beträge, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens zugeflossen sind, beginnt diese Frist mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.

Zu Artikel 20

24. Bei Einbeziehung der Dividenden in die Bemessungsgrundlage nach Artikel 20 Abs. 4 Satz 3 ist der Bruttobetrag der Dividenden um die im Abzugsweg erhobene Steuer der Bundesrepublik Deutschland zu mindern.

Zu Artikel 21

25. Angehörige einer diplomatischen Vertretung eines der Vertragsstaaten haben im Empfangsstaat Anspruch auf die in den Artikeln 8 bis 19 enthaltenen Vergünstigungen, wenn sie im Entsendestaat mit den Einkünften, die ihnen aus dem Empfangsstaate zufließen, und dem Vermögen im Sinne des Artikels 19 Abs. 2 zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen herangezogen werden.
26. Internationale Organisationen, ihre Organe und Beamten sowie das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen dritter Staaten haben keinen Anspruch auf die in den Artikeln 8 bis 19 enthaltenen Vergünstigungen, wenn sie mit den Einkünften, die ihnen aus einem der beiden Vertragsstaaten zufließen und mit dem Vermögen im Sinne des Artikels 19 Abs. 2 im anderen Staate nicht zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen herangezogen werden.

Zu Artikel 23

27. Die Verpflichtung der zuständigen Behörden, Auskünfte zu erteilen, bezieht sich nicht auf Tatsachen, deren Kenntnis die Finanzbehörden von Banken erlangt haben. Soweit die Kenntnis von Tatsachen auch aus anderen Quellen stammt, können Auskünfte erteilt werden.

GESCHEHEN zu Luxemburg, am 23. August 1958 in zwei Urschriften.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:

Karl Graf von Spreti

Für das
Großherzogtum Luxemburg:

Bech

P. Werner

Notenwechsel

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Luxemburg, den 23. August 1958

Herr Außenminister,

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt. Bei Anwendung des Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Falls dieser Vorschlag die Billigung der Regierung des Großherzogtums Luxemburg findet, sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als eine Vereinbarung angesehen werden.

Ich benutze diesen Anlaß, um Eure Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Karl Graf von Spreti

Seiner Exzellenz
Herrn Joseph Bech
Großherzoglicher Luxemburgischer
Außenminister
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Luxembourg, le 23 août 1958

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour conçue en ces termes:

„Anlässlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amt- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt. Bei Anwendung des Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Falls dieser Vorschlag die Billigung der Regierung des Großherzogtums Luxemburg findet, sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als eine Vereinbarung angesehen werden.“

J'ai l'honneur de vous marquer l'accord du Gouvernement luxembourgeois avec ce qui précède.

Veillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma très haute considération.

Bech

Son Excellence
le Comte Karl von Spreti
Ambassadeur de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Ministère
des Affaires Étrangères

Luxembourg, den 23. August 1958

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage, die wie folgt lautet, zu bestätigen:

„Anlässlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amt- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt. Bei Anwendung des Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Falls dieser Vorschlag die Billigung der Regierung des Großherzogtums Luxemburg findet, sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als eine Vereinbarung angesehen werden.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die luxemburgische Regierung mit dem Vorstehenden einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bech

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland
Karl Graf von Spreti
Luxembourg

**Gesetz zum Abkommen vom 18. November 1958
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer.**

Vom 26. November 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Oslo am 18. November 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 26 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. November 1959.

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuer

Overenskomst
mellom Kongeriket Norge og Forbundsrepublikken Tyskland
til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ og rettslig bistand
for så vidt angår skatter av inntekt
og formue samt næringskatt

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DAS KÖNIGREICH NORWEGEN

sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer die Doppelbesteuerung zu vermeiden und Grundsätze über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe aufzustellen, übereingekommen, das nachstehende Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Kurt Oppler,

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo,

Seine Majestät der König von Norwegen:

Halvard Lange,

Außenminister von Norwegen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines jeden der beiden Vertragsstaaten, seiner Länder oder seiner Gemeinden erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Gewerbesteuer.

(3) Zu den Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören zur Zeit:

1. in der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die Einkommensteuer (einschließlich der Lohnsteuer, der Kapitalertragsteuer und der Aufsichtsratssteuer),
- b) die Körperschaftsteuer,
- c) die Abgabe Notopfer Berlin,

KONGERIKET NORGE

og

FORBUNDSREPUBLIKKEN TYSKLAND

er, ledet av ønsket om, for så vidt angår skatter av inntekt og formue samt næringskatt, å unngå dobbeltbeskatning og å oppstille grunnsetninger om gjensidig administrativ og rettslig bistand, blitt enige om å inngå nedenstående overenskomst. For dette formål har som befulmektigede oppnevnt:

Hans Majestet Norges Konge:

Halvard Lange,

Norges utenriksminister

Presidenten for Forbundsrepublikken Tyskland:

Kurt Oppler,

Forbundsrepublikken Tysklands ambassadør i Oslo

som etter å ha utvekslet sine fullmakter, som er funnet i god og riktig form, er kommet overens om følgende:

Artikkel 1

(1) Denne overenskomst gjelder, uten hensyn til utskrivningsmåten, skatter av inntekt og formue som utskrives for regning av enhver av de to kontraherende stater, deres enkeltstater (Länder) eller deres kommuner.

(2) Som skatter av inntekt og formue anses alle skatter som utskrives av den samlede inntekt og av den samlede formue eller av deler av inntekten eller formuen, herunder innbefattet skatter av gevinst ved avhendelse av løs eller fast eiendom, så vel som den i Forbundsrepublikken Tyskland utskrevne næringskatt.

(3) De skatter som denne overenskomst gjelder, er for tiden:

1. i Kongeriket Norge:

- a) inntekts- og formuesskatt til staten,
- b) inntekts- og formuesskatt til kommuner, herunder tilleggs-katt på større inntekter,
- c) sjømannsskatt,

- d) die Vermögensteuer,
 - e) die Gewerbesteuer
- (im folgenden als „Steuern der Bundesrepublik“ bezeichnet);

2. im Königreich Norwegen:

- a) die vom Staat erhobene Einkommensteuer und Vermögensteuer,
 - b) die von den Gemeinden erhobene Einkommensteuer und Vermögensteuer einschließlich der Steuer von höheren Einkommen,
 - c) die Seeleutesteuer,
 - d) die Altersrenten- und Kriegspensionsteuer
- (im folgenden als „norwegische Steuern“ bezeichnet).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mitteilen.

(5) Das Abkommen gilt nicht für einmalige Steuern vom Einkommen, vom Vermögen oder vom Vermögenszuwachs.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden im beiderseitigen Einvernehmen alle etwaigen Zweifel darüber klären, für welche Steuern dieses Abkommen gilt.

(7) Das Abkommen findet auf Svalbard (Spitzbergen), Jan Mayen und die norwegischen Besitzungen außerhalb Europas keine Anwendung.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung dieses Abkommens gilt folgendes:

1. Der Ausdruck „Person“ umfaßt
 - a) natürliche Personen,
 - b) juristische Personen; Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die als solche der Besteuerung wie eine juristische Person unterliegen, gelten als juristische Personen.
2. a) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“, eine Person, die nach dem Rechte dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.
 - b) Ist nach Buchstabe a eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:
 - (aa) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
 - (bb) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaate die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt die Person als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

- d) alderstrygd- og krigspensjoneringsavgift, (i det følgende kalt «norske skatter»).

2. i Forbundsrepublikken Tyskland:

- a) inntektsskatt (herunder lønnskatt, kapitalavkastningsskatt og skatt på direksjonshonorarer),
 - b) selskapsskatt,
 - c) avgiften «Notopfer Berlin»,
 - d) formuesskatt,
 - e) næringsskatt,
- (i det følgende kalt «Forbundsrepublikkens skatter»).

(4) Denne overenskomst gjelder også alle skatter av samme eller lignende art som fremtidig blir utskrevet i tillegg til eller i stedet for de bestående skatter. De kompetente myndigheter i de kontraherende stater vil ved utgangen av hvert år gi hverandre underretning om de endringer som er gjort i deres skattelover.

(5) Overenskomsten gjelder ikke for engangsskatter av inntekt, formue eller formuesøkning.

(6) De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal etter gjensidig samråd avgjøre mulige tvils- mål angående hvilke skatter denne overenskomst omfatter.

(7) Overenskomsten får ikke anvendelse på Svalbard (Spitsbergen), Jan Mayen og de norske besittelser utenfor Europa.

Artikkel 2

(1) For anvendelsen av denne overenskomst gjelder følgende:

1. Uttrykket «person» omfatter
 - a) fysiske personer,
 - b) juridiske personer; personsammenslutninger og formuesmasser betraktes som juridiske personer når de som sådanne er undergitt beskatning som en juridisk person.
2. a) I forhold til denne overenskomst betyr uttrykket «en person som er bosatt i en kontraherende stat» en person som i henhold til denne stats rett er skattepliktig der på grunn av bopel, opphold, stedet for forretningsledelsen eller et annet lignende kriterium.
 - b) Er en fysisk person etter bokstav (a) bosatt i begge kontraherende stater, gjelder følgende:
 - (aa) En person anses for bosatt i den kontraherende stat hvor han har et varig bosted. Har han et varig bosted i begge de kontraherende stater, anses han for bosatt i den kontraherende stat til hvilken han har de nærmeste personlige og økonomiske tilknytninger (midtpunkt for livsinteressene).
 - (bb) Kan det ikke fastslås i hvilken kontraherende stat en person har midtpunkt for livsinteressen, eller har han ikke et varig bosted i noen av de kontraherende stater, anses vedkommende person for bosatt i den kontraherende stat hvor han har sitt vanlige oppholdssted.

- (cc) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- (dd) Gehört die Person beiden oder keinem der Vertragsstaaten an, so werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage im beiderseitigen Einvernehmen regeln.
- c) Ist nach Buchstabe a eine juristische Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.
3. Der Ausdruck „Unternehmen eines der Vertragsstaaten“ oder „Unternehmen des anderen Staates“ bedeutet je nach dem Zusammenhang ein gewerbliches Unternehmen, das von einer im Königreich Norwegen oder von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person betrieben wird.
4. Der Ausdruck „Betriebsstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- a) Als Betriebsstätten gelten insbesondere
- (aa) ein Ort der Leitung,
 - (bb) eine Zweigniederlassung,
 - (cc) eine Geschäftsstelle,
 - (dd) eine Fabrikationsstätte,
 - (ee) eine Werkstätte,
 - (ff) ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
 - (gg) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.
- b) Als Betriebsstätten gelten nicht
- (aa) die Penutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren;
 - (bb) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;
 - (cc) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen;
 - (dd) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen;
 - (ee) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die für das Unternehmen vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.
- c) Eine Person, die in einem der Vertragsstaaten für ein Unternehmen des anderen Staates tätig ist — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Buchstabens d — gilt als eine in dem erstgenannten Staate belegene Betriebsstätte, wenn sie eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Staate Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.
- (cc) Har en person sitt vanlige oppholdssted i begge eller ikke i noen av de kontraherende stater, anses han for bosatt i den kontraherende stat hvor han har statsborgerrett.
- (dd) Har en person statsborgerrett i begge eller ikke i noen av de kontraherende stater, vil de kompetente myndigheter i de kontraherende stater avgjøre spørsmålet etter gjensidig samråd.
- c) Er en juridisk person etter bokstav (a) bosatt i begge de kontraherende stater, anses den for bosatt i den kontraherende stat hvor stedet for den virkelige ledelse er.
3. Uttrykket «foretagende i en av de kontraherende stater» eller «foretagende i den annen stat» betyr alt etter sammenhengen et næringsforetagende som drives av en person som er bosatt i Kongeriket Norge eller i Forbundsrepublikken Tyskland.
4. Uttrykket «fast driftssted» betyr en fast forretningsinnretning gjennom hvilken foretagendets virksomhet helt eller delvis blir utøvet.
- a) Som faste driftssteder anses særlig:
- (aa) et sted hvor foretagendet har sin ledelse,
 - (bb) en filial,
 - (cc) et forretningssted,
 - (dd) et fabrikkasjonssted,
 - (ee) et verksted,
 - (ff) et bergverk, stenbrudd eller annet sted hvor grunnherligheter (Bodenschätze) er under utnyttelse,
 - (gg) et bygningsarbeid eller monteringsarbeid hvis varighet overstiger tolv måneder.
- b) Som faste driftssteder anses ikke:
- (aa) benyttelse av innretninger utelukkende til lagring, utstilling eller utlevering av varer eller andre ting som tilhører foretagendet;
 - (bb) opprettholdelse av en foretagendet tilhørende bestand av varer eller andre ting utelukkende for lagring, utstilling eller utlevering;
 - (cc) opprettholdelse av en foretagendet tilhørende bestand av varer eller andre ting utelukkende for bearbeidelse eller foredling gjennom et annet foretagende;
 - (dd) opprettholdelse av en fast forretningsinnretning utelukkende til innkjøp av varer eller andre ting eller til innhentelse av opplysninger for foretagendet;
 - (ee) opprettholdelse av en fast forretningsinnretning utelukkende for reklame, meddelelse av opplysninger eller vitenskapelig forskning eller for utøvelse av lignende virksomhet som i forhold til foretagendet er av forberedende art eller utgjør en hjelpevirksomhet.
- c) En person som i en av de kontraherende stater utøver virksomhet på vegne av et foretagende i den annen stat — med unntagelse av en uavhengig representant som omhandlet i bokstav d — anses for et fast driftsted i den førstnevnte stat hvis han har fullmakt til å avslutte kontrakter på vegne av foretagendet i denne stat og vanligvis utøver denne fullmakt der, forutsatt at hans virksomhet ikke innskrenker seg til innkjøp av varer eller andre ting for foretagendet.

- d) Ein Unternehmen eines der Vertragstaaten wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Staate, weil es dort Geschäftsbeziehungen durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.
- e) Die Tatsache, daß eine in einem der Vertragstaaten ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Staat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein die eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen Gesellschaft.

5. Der Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Genossenschaften, Anteilen an Gesellschaften, die nach norwegischem Steuerrecht den Aktiengesellschaften gleichgestellt sind, sowie Einkünfte aus der Beteiligung als stiller Gesellschafter, wenn dieser nicht am Vermögen des Unternehmens beteiligt ist. Als Dividenden gelten auch Ausschüttungen auf Anteilsscheine einer Kapitalanlagegesellschaft.

6. Unter dem Ausdruck „zuständige Behörde“ ist auf seiten des Königreichs Norwegen das Finanz- und Zolldepartement oder die von ihm ermächtigte Behörde und auf seiten der Bundesrepublik Deutschland der Bundesminister der Finanzen zu verstehen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen der Vertragstaaten wird jeder Begriff, der in diesem Abkommen nicht bestimmt worden ist, die Auslegung erfahren, die sich aus den Gesetzen ergibt, die in diesem Staat in Kraft sind und sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens beziehen, falls der Zusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Artikel 3

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs), das in dem anderen Staate liegt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts der Vertragstaaten über Grundstücke unterliegen, sind dem unbeweglichen Vermögen gleichzustellen.

(2) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung oder eine andere Art der Nutzung des unbeweglichen Vermögens (einschließlich der land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe) erzielten Einkünfte, insbesondere aus festen oder veränderlichen Vergütungen für die Ausbeutung von Bodenschätzen, sowie für Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden.

(3) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person Einkünfte aus Forderungen, die durch Hypotheken oder andere Grundpfandrechte an einem in dem anderen Staate liegenden Grundstück gesichert sind, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Wenn der andere Staat das Besteuerungsrecht nicht ausübt, hat der Staat, in dem die Person ansässig ist, das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Satz 1 gilt nicht für Teilschuldverschreibungen, die durch unbewegliches Vermögen gesichert sind.

- d) Et foretagende i en av de kontraherende stater blir ikke behandlet som om det hadde et fast driftssted i den annen stat bare av den grunn at det der opprettholder forretningsforbindelser gjennom en megler, kommisjonær eller annen uavhengig representant såfremt disse personer opptrer innenfor rammen av sin ordinære forretningsvirksomhet.

- e) Den omstendighet at et selskap som er bosatt i en av de kontraherende stater, kontrollerer eller blir kontrollert av et selskap som er bosatt i den annen stat, eller opprettholder forretningsforbindelser der (enten gjennom et fast driftssted eller på annen måte), medfører i og for seg ikke at et av de to selskaper blir fast driftssted for det annet selskap.

5. Uttrykket «dividender» betyr inntekter av aksjer, bergverksandeler (Kuxen), gevinstandelsbevis (Genuss-Scheinen), andeler i selskaper med begrenset ansvar (Gesellschaften mit beschränkter Haftung) eller økonomiske foreninger (Genossenschaften), andeler i selskaper som etter norsk skatterett er likestilt med aksjeselskaper samt inntekter av deltagelse som stille selskapsmedlem når vedkommende ikke har del i foretagendets formue. Som dividender anses også utbytte av andelsbevis i et kapitalplaseringselskap.

6. Med uttrykket «kompetent myndighet» forstås på Kongeriket Norges side Finans- og toll departementet eller den myndighet som har fullmakt fra dette, og på Forbundsrepublikken Tysklands side forbundsfinansministeren (Bundesminister der Finanzen).

(2) Når en av de kontraherende stater anvender denne overenskomst, skal ethvert begrep som ikke er definert i overenskomsten, gis den fortolkning som følger av den gjeldende lovgivning i denne stat vedrørende skatter som omhandles i denne overenskomst, for så vidt ikke en annen fortolkning er nødvendig etter sammenhengen.

Artikkel 3

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter av fast eiendom (herunder tilbehør) som ligger i den annen stat, da har den annen stat retten til å skatlegge disse inntekter. Rettigheter som er undergitt privatrettens forskrifter angående fast eiendom, skal anses likestilt med fast eiendom.

(2) Punkt 1 gjelder så vel inntekter som erverves gjennom umiddelbar forvaltning og bruk av den faste eiendom (herunder binæringer i land- og skogbruk), som inntekter ved utleie, bortforpaktning eller annen slags utnyttelse, særlig inntekter i form av fast eller varierende godtgjørelse for utnyttelse av grunnherligheter, samt inntekter som oppebæres ved anvendelse av fast eiendom.

(3) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter av fordringer som er sikret ved hypotek eller annen grunnpanterett i et grunnstykke som ligger i den annen stat, da har den annen stat retten til å skatlegge disse inntekter. Hvis den annen stat ikke utøver beskatningsretten, har den stat hvor vedkommende person er bosatt retten til å skatlegge disse inntekter. Første punktum gjelder ikke partialobligasjoner (Teilschuldverschreibungen) som er sikret ved fast eiendom.

Artikel 4

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person als Unternehmer Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, dessen Tätigkeit sich auf das Gebiet des anderen Staates erstreckt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte insoweit, als sie auf eine dort befindliche Betriebsstätte des Unternehmens entfallen. Wie Einkünfte aus Gewerbebetrieb werden auch Einkünfte aus Beteiligungen an einem gewerblichen Unternehmen behandelt mit Ausnahme der Einkünfte, die Dividenden darstellen.

(2) Der Betriebsstätte sind diejenigen Einkünfte zuzurechnen, die sie erzielt hätte, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befaßt und Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen getätigt haben würde. Bei der Ermittlung der aus der Tätigkeit einer Betriebsstätte erzielten Einkünfte ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebsstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebsstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden; insbesondere ist die Vereinbarung von Entgelten als sogenannte Zinsen oder Lizenzgebühren zwischen den Betriebsstätten desselben Unternehmens unbeachtlich. In besonders gelagerten Fällen kann bei der Ermittlung der Einkünfte der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden.

(3) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte, sowie für Einkünfte aus der Veräußerung eines ganzen Gewerbebetriebs, eines Teilbetriebs, eines Anteils am Unternehmen oder eines Gegenstandes, der im Betriebe benutzt wird.

(4) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die nach einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

(5) Die Vorschrift des Absatzes 1 ist nicht dahin auszulegen, daß sie einen der Vertragstaaten hindert, die Einkünfte aus seinem Gebiete, die einer in dem anderen Staat ansässigen Person zufließen (z. B. Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, Dividenden, Zinsen), nach Maßgabe des Abkommens zu besteuern, wenn diese Einkünfte keiner in dem Gebiete des erstgenannten Staates gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind.

Artikel 5

(1) Wenn ein Unternehmen eines der Vertragstaaten vermöge seiner Beteiligung an der Geschäftsführung oder am finanziellen Aufbau eines Unternehmens des anderen Staates mit diesem Unternehmen wirtschaftliche oder finanzielle Bedingungen vereinbart oder ihm solche auferlegt, die von denjenigen abweichen, die mit einem unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen Einkünfte, die eines der beiden Unternehmen üblicherweise erzielt hätte, aber wegen dieser Bedingungen nicht erzielt hat, den Einkünften dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß im Verhältnis zweier Unternehmen, an deren Geschäftsführung oder Vermögen dieselbe Person unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Artikel 6

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person als Unternehmer oder Mitunternehmer Einkünfte aus dem Betriebe von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen,

Artikkel 4

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater som inneholder (Unternehmer) inntekter av et næringsforetagende, hvis virksomhet utstrekker seg til den annen stats område, da har den annen stat retten til å skattlegge disse inntekter for så vidt de skriver seg fra et der beliggende fast driftssted for foretagendet. Som inntekt av næringsdrift behandles også inntekter av deltagelse i et næringsforetagende med unntagelse av inntekter som utgjør dividender.

(2) Det faste driftssted skal tilskrives de inntekter som det ville ha oppnådd hvis det som selvstendig foretagende under samme eller lignende betingelser hadde befaftet seg med samme eller lignende forretninger og drevet forretning som et uavhengig foretagende. Ved fastsettelsen av de inntekter som er ervervet ved et fast driftssteds virksomhet, skal det prinsipielt gås ut fra driftsstedets regnskapsresultat. Herunder skal tas i betraktning alle utgifter som kan henføres til det faste driftssted, iberegnet en andel av foretagendets alminnelige forvaltningsomkostninger, dog slik at kunstige gevinstforskyvninger skal utelukkes. Særlig blir avtale om vederlag i form av såkalte renter eller lisensgebyrer mellom faste driftssteder tilhørende samme foretagende å sette ut av betraktning. I særlige tilfelle kan fastsettelsen av inntektene skje ved en oppdeling av foretagendets samlede fortjeneste.

(3) Punkt 1 gjelder så vel inntekter ved umiddelbar forvaltning og bruk av næringsforetagendet, som inntekter ved utleie, bortforpaktning og enhver annen slags utnyttelse; videre inntekter som erverves ved avhendelse av en næringsvirksomhet som helhet, av en delbedrift, en andel i foretagendet eller av en gjenstand som blir benyttet i virksomheten.

(4) Punkt 1 får tilsvarende anvendelse på næringskatt som utskrives etter et annet beregningsgrunnlag enn inntekten.

(5) Bestemmelsen i punkt 1 er ikke slik å forstå at den er til hinder for at en av de kontraherende stater i samsvar med overenskomsten skattlegger inntekter fra sitt område som tilflytter en person som er bosatt i den annen stat (f. eks. inntekter av fast eiendom, dividender, renter) når disse inntekter ikke kan tilskrives noe fast driftssted som er beliggende på den førstnevnte stats område.

Artikkel 5

(1) Når et foretagende i en av de kontraherende stater, i kraft av sin deltagelse i den forretningsmessige ledelse eller finansielle oppbygging av et foretagende i den annen stat, avtaler med eller pålegger dette foretagende økonomiske eller finansielle betingelser som avviker fra dem som ville ha vært avtalt med et uavhengig foretagende, da kan inntekter som et av de to foretagender ordinært skulle ha oppebåret, men som det på grunn av disse betingelser ikke har oppebåret, tillegges dette foretagendes inntekter og beskattes i samsvar med dette.

(2) Punkt 1 gjelder tilsvarende i forholdet mellom to foretagender, når samme person direkte eller indirekte har del i disse foretagenders forretningsmessige ledelse eller formue.

Artikkel 6

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater, som inneholder eller medinneholder (Unternehmer eller Mitunternehmer) inntekter av skips-

die dem internationalen Verkehr dienen, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte dem Staate zu, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn der Betrieb mit gecharterten oder gemieteten Fahrzeugen durchgeführt wird. Er gilt ebenfalls für Agenturen, soweit die Tätigkeit der Agentur unmittelbar mit dem Betrieb oder dem Zubringerdienst zusammenhängt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Beteiligungen von Unternehmen der Seeschifffahrt oder der Luftfahrt an einem Pool, einer gemeinsamen Betriebsorganisation oder einer internationalen Betriebskörperschaft.

(4) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die nach einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

Artikel 7

(1) Bezieht eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer im Königreich Norwegen ansässigen Aktiengesellschaft oder Gesellschaft, die nach dem norwegischen Steuerrecht dieser gleichgestellt ist, so hat die Bundesrepublik Deutschland das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig ist, so hat das Königreich Norwegen das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 8

(1) Bezieht eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person Einkünfte aus selbständiger Arbeit, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte, wenn die Arbeit in dem anderen Staat ausgeübt wird oder ausgeübt worden ist.

(2) Die Ausübung selbständiger Arbeit in dem anderen Staate liegt nur dann vor, wenn der selbständig Tätige seine Tätigkeit unter Benützung einer ihm dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für eine in dem anderen Staat ausgeübte selbständige Arbeit in Form von öffentlichen Unterhaltungsdarbietungen, wie z. B. als Schauspieler, Filmschauspieler, Rundfunkkünstler, Musiker, Artist oder Berufssportler.

(3) Artikel 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

(4) Bezieht eine in einem der Vertragsstaaten ansässige natürliche Person als Mitglied eines Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder als nichtgeschäftsführendes Mitglied ähnlicher Organe Vergütungen von einer juristischen Person, die in dem anderen Staat ansässig ist, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Vergütungen.

(5) Wenn in einem der Vertragsstaaten Einkünfte im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 nicht besteuert werden, hat der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 9

(1) Bezieht eine in einem der Vertragsstaaten ansässige natürliche Person Einkünfte aus nichtselbständiger Ar-

fart eller luftfart i internasjonal trafikk, da skal retten til å skatlegge disse inntekter tilkomme den stat hvor stedet for foretagendets virkelige ledelse befinner seg.

(2) Punkt 1 gjelder også når virksomheten blir drevet med chartrede eller leiede fartøyer. Det gjelder likeledes agenturer, for så vidt agenturets virksomhet har umiddelbar forbindelse med virksomheten eller tilbringer-tjenesten.

(3) Punkt 1 gjelder også når skipsfarts- eller luftfartsforetagender deltar i en pool, en felles driftsorganisasjon eller en internasjonal driftssammenslutning.

(4) Punkt 1 får tilsvarende anvendelse på nærings-skatt som utskrives etter et annet beregningsgrunnlag, enn inntekten.

Artikkel 7

(1) Oppebærer en person som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland, inntekter gjennom avhendelse av andel i et i Kongeriket Norge bosatt aksjeselskap eller selskap som etter norsk skatterett er likestilt hermed, da har Forbundsrepublikken Tyskland retten til å skatlegge disse inntekter.

(2) Oppebærer en person som er bosatt i Kongeriket Norge inntekter gjennom avhendelse av andel i et i Forbundsrepublikken Tyskland bosatt kapitalselskap, da har Kongeriket Norge retten til å skatlegge disse inntekter.

(3) Punkt 1 og 2 gjelder ikke når en person som er bosatt i en av de kontraherende stater har et fast driftssted i den annen stat og oppebærer inntektene gjennom dette faste driftssted. I dette tilfelle har den annen stat retten til å skatlegge disse inntekter.

Artikkel 8

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter av selvstendig arbeid, har den annen stat retten til å skatlegge disse inntekter hvis arbeidet blir utøvd i den annen stat eller har vært utøvd der.

(2) Utøvelse av selvstendig arbeid i den annen stat foreligger bare når den som driver selvstendig yrke utøver sin virksomhet under anvendelse av en varig innretning som regelmessig står til hans forføyning der. Denne begrensning gjelder likevel ikke selvstendig arbeid som blir utøvd den annen stat i form av forestillinger til offentlig underholdning, f. eks. som skuespiller, filmskuespiller, radiokunstner, musiker, artist eller profesjonell idrettsmann.

(3) Artikkel 4 punkt 3 gjelder tilsvarende.

(4) Oppebærer en fysisk person som er bosatt i en av de kontraherende stater som medlem av representantskap eller styre eller som ikke-forretningsførende medlem av lignende organer godtgjørelser fra en juridisk person som er bosatt i den annen stat, da har den annen stat retten til å skatlegge disse godtgjørelser.

(5) Hvis inntekter som omhandlet i punkt 2, annet punktum, ikke blir skattlagt i en av de kontraherende stater, har den stat beskatningsretten hvor vedkommende person er bosatt.

Artikkel 9

(1) Oppebærer en fysisk person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter av uselvstendig arbeid,

beit, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte, wenn die Arbeit in dem anderen Staat ausgeübt wird oder ausgeübt worden ist.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist, wenn dieser Arbeitnehmer

1. sich vorübergehend, insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Kalenderjahres in dem anderen Staat aufhält,
2. für seine während dieser Zeit ausgeübte Tätigkeit von einem Arbeitgeber entlohnt wird, der in dem erstgenannten Staat ansässig ist, und
3. für seine Tätigkeit nicht zu Lasten einer in dem anderen Staate befindlichen Betriebsstätte oder ständigen Einrichtung des Arbeitgebers entlohnt wird.

Ist der Arbeitgeber eine Personengesellschaft, so gilt die Gesellschaft als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(3) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige natürliche Person Einkünfte aus Dienstleistungen, die an Bord eines Seeschiffes oder eines Luftfahrzeuges erbracht werden, so hat der Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte, in dem die natürliche Person ansässig ist.

(4) Abweichend von Absatz 1 können Studenten einer Universität, Hochschule oder ähnlichen Lehranstalt eines der beiden Staaten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen des anderen Staates nicht mehr als 183 Tage während eines Kalenderjahres beschäftigt sind, um eine praktische Ausbildung zu erhalten, hinsichtlich dieses Entgeltes nur im erstgenannten Staate besteuert werden.

(5) Wenn in einem der Vertragstaaten Einkünfte im Sinne des Absatzes 1 nicht besteuert werden, hat der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die natürliche Person ansässig ist.

Artikel 10

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige natürliche Person Einkünfte aus Löhnen, Gehältern oder ähnlichen Vergütungen, die einer der beiden Staaten oder ein Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten gewährt, so hat der Staat der öffentlichen Kasse das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Ist die natürliche Person Staatsangehöriger des Staates, in dem sie ansässig ist, ohne zugleich Staatsangehöriger des Staates der öffentlichen Kasse zu sein, und übt sie ihre Tätigkeit im erstgenannten Staat aus, so hat abweichend von Absatz 1 dieser Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(3) Auf Entgelte für Dienste, die in Verbindung mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragstaates oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts im Sinne des Absatzes 1 geleistet worden sind, ist Artikel 9 anzuwenden. Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundesbank, und auf seiten des Königreichs Norwegen Post- og telegrafverket, Norges statsbaner und Norges bank gewähren, fallen unter Absatz 1.

Artikel 11

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- oder Waisen-

har den annen stat retten til å skattlegge disse inntekter hvis arbeidet blir utført i den annen stat eller har vært utført der.

(2) Avvikende fra punkt 1 kan inntekter av uselvstendig arbeid bare skattlegges i den kontraherende stat hvor arbeidstakeren er bosatt, når denne arbeidstaker

1. oppholder seg midlertidig, men tilsammen ikke mer enn 183 dager i et kalenderår, i den annen stat, og
2. for den virksomhet han utøver i denne tid blir lønnet av en arbeidsgiver som er bosatt i den førstnevnte stat, og
3. for sin virksomhet ikke blir avlønnet til utgift for et fast driftssted eller en varig innretning i den annen stat tilhørende arbeidsgiveren.

Er arbeidsgiveren et personselskap, anses selskapet for bosatt i den kontraherende stat hvor stedet for den virkelige forretningsledelse befinner seg.

(3) Oppebærer en fysisk person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter av tjenesteytelser som blir utført ombord på et skip eller et luftfartøy, har den stat hvor vedkommende person er bosatt, retten til å skattlegge disse inntekter.

(4) Avvikende fra punkt 1 kan studenter ved et universitet, en høyskole eller en lignende lærestanstalt i en av de to stater, som mot godtgjørelse — i ikke mer enn 183 dager i et kalenderår — er beskjeftiget hos et foretagende i den annen stat for å oppnå praktisk utdannelse, bare beskattes i den førstnevnte stat for så vidt angår denne godtgjørelse.

(5) Hvis inntekter som omhandlet i punkt 1 ikke blir skattlagt i en av de kontraherende stater, har den stat beskatningsretten hvor vedkommende fysiske person er bosatt.

Artikkel 10

(1) Oppebærer en fysisk person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter i form av lønning, gasjer eller lignende godtgjørelser som utredes av en av de to stater eller av en enkeltstat, kommune eller kommuneforbund eller av en annen offentligrettslig juridisk person i en av de to stater, da har den stat som vedkommende offentlige kasse tilhører, retten til å skattlegge disse inntekter.

(2) Er den fysiske person statsborger i den stat hvor han er bosatt, uten samtidig å være statsborger i den stat som vedkommende offentlige kasse tilhører, og utøver han sin virksomhet i den førstnevnte stat, har avvikende fra punkt 1 denne stat retten til å skattlegge disse inntekter.

(3) På vederlag for tjenester som er ytet i forbindelse med næringsvirksomhet utøvd med sikte på fortjeneste av en kontraherende stat eller en annen offentligrettslig juridisk person som omhandlet i punkt 1, får artikkel 9 anvendelse. Lønning, gasje og lignende godtgjørelser som for Forbundsrepublikken Tysklands vedkommende ytes av Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn og Deutsche Bundesbank og for Kongeriket Norges vedkommende av Post- og telegrafverket, Norges statsbaner og Norges bank, går inn under punkt 1.

Artikkel 11

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater vartpenger, tjeneste-, enke- eller

pensionen oder ähnliche wiederkehrende Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, so hat der Staat, in dem die Person ansässig ist, das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Abweichend von Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht für Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen oder ähnliche wiederkehrende Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, die einer der beiden Staaten oder ein Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten direkt oder durch Vermittlung einer hierzu eingeschalteten Institution des öffentlichen Rechts an seine Arbeitnehmer oder deren Hinterbliebene zahlt, diesem Staate zu.

(3) Absatz 2 ist auch anzuwenden auf Pensionen, Leibrenten sowie andere wiederkehrende oder nicht wiederkehrende Bezüge, die von einem der Vertragstaaten oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts im Sinne des Absatzes 2 als Vergütung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

Artikel 12

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person aus dem anderen Staate Dividenden, so hat der Staat, in dem die Person ansässig ist, das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Soweit in dem anderen Vertragstaate die Steuer von Dividenden im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird, bleibt das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs unberührt.

(3) Der Steuerabzug nach Absatz 2 darf 15 v. H. der Dividenden nicht übersteigen.

(4) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 wird im Königreich Norwegen die Steuer von Dividenden nicht erhoben, wenn die Dividenden von einer im Königreich Norwegen ansässigen Aktiengesellschaft oder nach norwegischem Steuerrecht dieser gleichgestellten Gesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt werden, der mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der im Königreich Norwegen ansässigen Gesellschaft gehören.

(5) Abweichend von Absatz 3 darf in der Bundesrepublik Deutschland bei Dividenden, die nach dem 31. Dezember 1958 gezahlt werden, der Steuerabzug 25 v. H. nicht übersteigen, wenn die Dividenden von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft an eine im Königreich Norwegen ansässige Aktiengesellschaft oder nach norwegischem Steuerrecht dieser gleichgestellten Gesellschaft gezahlt werden, der mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gehören.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht, wenn eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(7) Die Vorschriften der Absätze 3 bis 5 schließen nicht aus, daß die Abzugsteuer zunächst nach den Sätzen erhoben wird, die ohne Berücksichtigung des Abkommens anzuwenden wären. Soweit die einbehaltene Steuer die Steuer übersteigt, die sich bei Anwendung der Vorschriften dieses Abkommens ergibt, ist der übersteigende Betrag auf Antrag des Gläubigers dieser Beträge zu erstatten. Die Erstattung ist vorzunehmen, wenn der Antrag auf Erstattung innerhalb einer Frist von zwei Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Zufließens der Beträge,

barnepensjoner eller lignende tilbakevendende beløp eller økonomiske fordeler for tidligere tjenesteytelser, da har den stat hvor vedkommende person er bosatt, retten til å skatlegge disse inntekter.

(2) Avvikende fra punkt 1 tilkommer retten til å skatlegge vartpenger, tjeneste-, enke- og barnepensjoner eller lignende tilbakevendende beløp eller økonomiske fordeler for tidligere tjenesteytelser vedkommende stat, når de av en av de to stater eller en enkeltstat, kommune, kommuneforbund eller annen offentligrettslig juridisk person i en av de to stater enten direkte eller ved formidling av en for dette formål innkoblet offentligrettslig institusjon utbetales til arbeidstakere eller deres etterlatte.

(3) Punkt 2 får også anvendelse på pensjoner, livrenter samt andre tilbakevendende eller ikke-tilbakevendende beløp som en av de kontraherende stater eller en annen offentligrettslig juridisk person som omhandlet i punkt 2 utbetaler som erstatning for skade som er oppstått som følge av krigshandlinger eller politisk forfølgelse.

Artikkel 12

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater dividender fra den annen stat, har den stat hvor vedkommende person er bosatt, retten til å skatlegge disse inntekter.

(2) For så vidt skatt av dividender i den annen kontraherende stat blir oppkrevet gjennom avkortning (ved kilden), forblir retten til å foreta slik skatteavkortning uberørt.

(3) Avkortning av skatt etter punkt 2 skal ikke overstige 15 % av dividendebeløpet.

(4) Avvikende fra punkt 2 og 3 skal skatt av dividender ikke oppkreves i Kongeriket Norge når et aksjeselskap som er bosatt i Kongeriket Norge eller et selskap som etter norsk skatterett er likestilt hermed, utbetaler dividender til et kapitalseelskap som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland og som eier minst 25 % av de stemmeberettigede andeler i det selskap som er bosatt i Kongeriket Norge.

(5) Avvikende fra punkt 3 skal avkortningen av skatt i Forbundsrepublikken Tyskland ikke overstige 25 % ved dividender som betales etter 31. desember 1958, når et kapitalseelskap som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland, utbetaler dividender til et aksjeselskap som er bosatt i Kongeriket Norge eller til et selskap som etter norsk skatterett er likestilt hermed, og som eier minst 25 % av de stemmeberettigede andeler i det kapitalseelskap som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland.

(6) Punkt 1 til 5 gjelder ikke når en person som er bosatt i en av de kontraherende stater har et fast driftssted i den annen stat og oppebærer inntektene gjennom dette faste driftssted. I dette tilfelle har den annen stat retten til å skatlegge disse inntekter.

(7) Bestemmelsene i punkt 3 til 5 utelukker ikke at avkortningsskatten i første omgang blir oppkrevet etter de satser som ville bli å anvende hvis man ikke tok hensyn til overenskomsten. Dersom den tilbakeholdte skatt overstiger det skattebeløp som fremkommer ved anvendelsen av bestemmelsene i denne overenskomst, skal det overskytende beløp tilbakebetales etter søknad fra den som er kreditor for disse beløp. Tilbakebetaling skal skje når søknad om tilbakebetaling fremsettes innen en frist av to år regnet fra det tidspunkt da beløpene ble

gestellt wird; für Beträge, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens zugeflossen sind, beginnt diese Frist mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.

Artikel 13

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person aus dem anderen Staate Zinsen, so hat der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Zinsen sind Einkünfte aus Darlehen, Teilschuldverschreibungen (einschließlich der Wandelanleihen und Gewinnobligationen) oder aus irgendeiner anderen Schuldverpflichtung, mit Ausnahme der Einkünfte, für die Artikel 3 Abs. 3 gilt.

(3) Absatz 1 gilt nicht, wenn eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person eine Betriebstätte in dem anderen Staat hat und die Zinsen durch diese Betriebstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(4) Artikel 12 Abs. 7 gilt sinngemäß.

Artikel 14

(1) Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person aus dem anderen Staat Einkünfte aus Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten, Patenten, Gebrauchsmustern, Herstellungsverfahren, Warenzeichen oder ähnlichen Rechten (außer Rechten, die die Ausbeutung von Bodenschätzen betreffen), so hat der Staat, in dem die Person ansässig ist, das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Wie Lizenzgebühren werden Mietgebühren und ähnliche Vergütungen für die Überlassung kinematographischer Filme (einschließlich der Filme, die für Fernsehsendungen verwendet werden), für die Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Überlassung gewerblicher Erfahrungen behandelt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für die Einkünfte aus der Veräußerung der dort genannten Rechte.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person eine Betriebstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 15

Studenten, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre aus einem der Vertragstaaten, die sich nur zum Studium oder zur Ausbildung in dem anderen Staat aufhalten, werden von diesem Staate wegen der von ihnen für Lebensunterhalt, Studium oder Ausbildung empfangenen Bezüge nicht besteuert, wenn diese ihnen von außerhalb dieses Staates zufließen.

Artikel 16

Bezieht eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person Einkünfte, für die in den vorhergehenden Artikeln das Besteuerungsrecht nicht geregelt ist, so hat der Staat, in dem die Person ansässig ist, das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 17

(1) Das Besteuerungsrecht für Vermögen einer in einem der Vertragstaaten ansässigen Person, soweit es besteht aus

- a) unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs),

erlagt; når det gjelder beløp som er erlagt før overenskomstens ikrafttreden, løper denne frist fra tidspunktet for overenskomstens ikrafttreden.

Artikkel 13

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater renter fra den annen stat, har den førstnevnte stat retten til å skattlegge disse inntekter.

(2) Renter omfatter inntekter av lån, partialobligasjoner (herunder konverteringslån (Wandelanleihen) og utbytteobligasjoner (Gewinnobligationen)) eller av hvilken som helst annen gjeldsforpliktelse med unntagelse av inntekter som går inn under artikkel 3 punkt 3.

(3) Punkt 1 gjelder ikke når en person som er bosatt i en av de kontraherende stater har et fast driftssted i den annen stat og oppebærer rentene gjennom dette faste driftssted. I dette tilfelle har den annen stat retten til å skattlegge disse inntekter.

(4) Artikkel 12 punkt 7 gjelder tilsvarende.

Artikkel 14

(1) Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter fra den annen stat i form av lisensgebyrer eller andre godtgjørelser for utnytting av eller for retten til å utnytte opphavsrettigheter, patenter, mønstre, fremstillingsmåter, varemerker eller lignende rettigheter (unntatt rettigheter som gjelder utnytting av grunnherligheter), da har den stat hvor vedkommende person er bosatt retten til å skattlegge disse inntekter.

(2) Som lisensgebyrer behandles leieavgifter og lignende godtgjørelser for overlatelse av kinematografisk film (herunder film som brukes ved fjernsynsutsendinger), for benyttelse av industrielt, merkantilt eller vitenskapelig utstyr eller for overlatelse av industrielle erfaringer.

(3) Punkt 1 og 2 gjelder også inntekter ved avhendelse av de der nevnte rettigheter.

(4) Punkt 1 til 3 gjelder ikke når en person som er bosatt i en av de kontraherende stater har et fast driftssted i den annen stat og oppebærer inntektene gjennom dette faste driftssted. I dette tilfelle har den annen stat retten til å skattlegge disse inntekter.

Artikkel 15

Studenter, lærlinger, praktikanter og volontører fra en av de kontraherende stater, som oppholder seg i den annen stat utelukkende av hensyn til sine studier eller sin utdanning, beskattes ikke av denne stat for beløp som de mottar til underhold, studier eller utdanning, forutsett at disse beløp tilflyter dem fra utlandet.

Artikkel 16

Oppebærer en person som er bosatt i en av de kontraherende stater inntekter med hensyn til hvilke det i de foregående artikler ikke er gitt bestemmelser om beskatningsretten, har den stat hvor vedkommende person er bosatt, retten til å skattlegge disse inntekter.

Artikkel 17

(1) Retten til å skattlegge formue tilhørende en person som er bosatt i en av de kontraherende stater, har den stat som etter denne overenskomst har rett til å skattlegge inntektene av denne formue, for så vidt formuen består av:

- a) fast eiendom (herunder tilbehør),

- b) durch Pfandrecht an einem Grundstück gesicherten Forderungen oder
- c) Vermögen, das einem gewerblichen Unternehmen dient,

hat der Staat, der nach diesem Abkommen das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen hat.

(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer in einem der Vertragsstaaten ansässigen Person hat der Staat, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Die Vorschriften der norwegischen Gesetze über die Besteuerung unverteilter Erbschaften finden, wenn eine an dem Nachlaß beteiligte Person in der Bundesrepublik Deutschland ansässig ist, insoweit keine Anwendung, als diese Person dort mit den aus der Erbschaft herrührenden Einkünften oder dem daraus herrührenden Vermögen nach den Vorschriften dieses Abkommens unmittelbar zur Steuer herangezogen werden kann.

Artikel 19

(1) Wenn der Staat, in dem die Person ansässig ist, nach den vorhergehenden Artikeln für Einkünfte oder Vermögensteile das Besteuerungsrecht hat, darf der andere Staat diese Einkünfte oder Vermögensteile nicht besteuern. Artikel 12 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Ist die Person in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig, so sind bei den Steuern der Bundesrepublik die Einkünfte und Vermögensteile aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen, für die nach den vorhergehenden Artikeln das Königreich Norwegen ein Besteuerungsrecht hat. Die Steuern für die Einkünfte oder Vermögensteile, die der Bundesrepublik Deutschland zur Besteuerung überlassen sind, werden jedoch nach dem Satz erhoben, der dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen der steuerpflichtigen Person entspricht. Dividenden, mit Ausnahme der unter Absatz 3 fallenden Dividenden, sind abweichend von Satz 1 nicht aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen; die von diesen Dividenden im Abzugsweg erhobene norwegische Steuer wird auf die nach einem durchschnittlichen Steuersatz berechneten Steuern der Bundesrepublik für diese Dividenden angerechnet.

(3) Anteile an einer im Königreich Norwegen ansässigen Aktiengesellschaft oder nach norwegischem Steuerrecht dieser gleichgestellten Gesellschaft, die einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gehören, sowie die auf diese Anteile gezahlten Dividenden sind bei den Steuern der Bundesrepublik aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen, wenn die Beteiligung mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der im Königreich Norwegen ansässigen Gesellschaft beträgt.

(4) Ist die Person nach norwegischem Steuerrecht im Königreich Norwegen ansässig, so sind bei den norwegischen Steuern die Einkünfte und Vermögensteile aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen, für die nach den vorhergehenden Artikeln die Bundesrepublik Deutschland das Besteuerungsrecht hat. Die Steuern für die Einkünfte oder Vermögensteile, die dem Königreich Norwegen zur Besteuerung überlassen sind, können jedoch nach dem Satz erhoben werden, der dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen der steuerpflichtigen Person entspricht. Dividenden, mit Ausnahme der unter Absatz 5 fallenden Dividenden, sind abweichend von Satz 1 nicht aus der Bemessungsgrundlage auszunehmen, sondern werden mit ihrem Rohertrag besteuert. Von den von diesen Einkünften erhobenen norwegischen Steuern ist jedoch ein Betrag abzuziehen, der höchstens 15 v. H. der auf diese Weise besteuerten Dividenden entspricht.

- b) fordringer som er sikret ved pant i grunnstykker, eller
- c) formue som er knyttet til et næringsforetagende.

(2) Retten til å skattlegge annen formue tilhørende en person som er bosatt i en av de kontraherende stater, har den stat hvor vedkommende person er bosatt.

Artikkel 18

Bestemmelsene i den norske lovgivning om skattlegging av uoppgjorte dødsboer får ikke anvendelse når en person som er andelshaver i boet er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland for så vidt vedkommende person etter bestemmelsene i denne overenskomst kan undergis umiddelbar beskatning der med hensyn til inntekter eller formue som skriver seg fra arven.

Artikkel 19

(1) Når den stat hvor en person er bosatt i henhold til de foregående artikler har retten til å skattlegge inntekter eller formuesdeler, må den annen stat ikke skattlegge disse inntekter eller formuesdeler. Artikkel 12 punkt 2 forblir uberørt.

(2) Er vedkommende person ubegrenset skattepliktig i Forbundsrepublikken Tyskland, skal inntekter og formuesdeler med hensyn til hvilke Kongeriket Norge i henhold til de foregående artikler har beskatningsretten, holdes utenfor beregningsgrunnlaget ved Forbundsrepublikkens skatter. Skattene av inntekter eller formuesdeler som er overlatt Forbundsrepublikken Tyskland til beskatning, skal likevel utskrives etter den sats som svarer til den skattepliktige persons samlede inntekt eller formue. Dividender skal — med unntagelse av dividender som går inn under punkt 3 — avvike fra første punktum ikke holdes utenfor beregningsgrunnlaget; norsk skatt som gjennom avkortning er oppkrevet av disse dividender, skal avregnes i Forbundsrepublikkens skatter av disse dividender, beregnet etter en gjennomsnittlig skattesats.

(3) Andeler i et aksjeselskap som er bosatt i Kongeriket Norge eller i et selskap som etter norsk skatterett er likestilt hermed, som tilhører et kapital-selskap som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland, så vel som dividender som er utbetalt på disse andeler, skal holdes utenfor beregningsgrunnlaget ved Forbundsrepublikkens skatter når deltakelsen andrer til minst 25% av de stemmeberettigede andeler i det i Kongeriket Norge bosatte selskap.

(4) Er vedkommende person etter norsk skatterett bosatt i Kongeriket Norge, skal inntekter og formuesdeler med hensyn til hvilke Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til de foregående artikler har beskatningsretten, holdes utenfor beregningsgrunnlaget ved de norske skatter. Skattene av inntekter eller formuesdeler som er overlatt Kongeriket Norge til beskatning, kan likevel utskrives etter den sats som svarer til den skattepliktige persons samlede inntekt etter formue.

Dividender skal — med unntagelse av dividender som går inn under punkt 5 — avvike fra første punktum ikke holdes utenfor beregningsgrunnlaget, men beskattes med sitt bruttobeløp. Fra de norske skatter som er oppkrevet av disse inntekter, skal det likevel trekkes et beløp som høyst svarer til 15% av de på denne måte skattlagte dividender.

(5) Anteile an einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft, die einer im Königreich Norwegen ansässigen Aktiengesellschaft oder nach norwegischem Steuerrecht dieser gleichgestellten Gesellschaft gehören, sowie die auf diese Anteile gezahlten Dividenden, werden, wenn die Beteiligung mindestens 25 v.H. der stimmberechtigten Anteile der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft beträgt, im Königreich Norwegen bei der vom norwegischen Staat erhobenen Einkommensteuer und Vermögensteuer so behandelt, als ob beide Gesellschaften im Königreich Norwegen ansässig wären.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen berührt nicht weitergehende Befreiungen, die nach allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder besonderen Vereinbarungen den diplomatischen oder konsularischen Beamten zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen Einkünfte und Vermögen im Empfangsstaate nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

(2) Angehörige einer diplomatischen Vertretung eines der Vertragsstaaten haben im Empfangsstaat Anspruch auf die im Abkommen vorgesehenen Vergünstigungen, wenn sie im Entsendestaat mit den Einkünften, die ihnen aus dem Empfangsstaate zufließen, und dem Vermögen im Sinne des Artikels 17 Abs. 2 zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen herangezogen werden.

(3) Internationale Organisationen, ihre Organe und Beamten sowie das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen dritter Staaten haben keinen Anspruch auf die in den Artikeln 7 bis 17 enthaltenen Vergünstigungen, wenn sie mit den Einkünften, die ihnen aus einem der Vertragsstaaten zufließen, und mit dem Vermögen im Sinne des Artikels 17 Abs. 2 im anderen Staate nicht zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen herangezogen werden.

Artikel 21

(1) Weist eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der Vertragsstaaten für sie die Wirkung einer Doppelbesteuerung gehabt haben oder haben werden, die den Grundsätzen dieses Abkommens widerspricht, so kann sie sich, unbeschadet eines innerstaatlichen Rechtsmittels, an die zuständige Behörde des Staates wenden, in dem sie ansässig ist.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so soll die nach Absatz 1 zuständige Behörde versuchen, sich mit der zuständigen Behörde des anderen Staates zu verständigen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Artikel 22

(1) Die Vertragsstaaten werden sich bei der Festsetzung und Erhebung der in Artikel 1 genannten Steuern gegenseitig Amts- und Rechtshilfe gewähren.

(2) Die zuständigen Behörden werden sich insbesondere die Mitteilungen machen, die ihnen zur Verfügung stehen oder die sie sich auf Grund der gesetzlichen Vorschriften beschaffen können, und die zur Durchführung dieses Abkommens sowie zur Verhinderung der Steuerhinterziehung erforderlich sind. Der Inhalt der auf Grund dieses Artikels zur Kenntnis der zuständigen Behörden gelangten Mitteilungen ist geheimzuhalten, unbeschadet der Befugnis, ihn Personen und Behörden (einschließlich der Gerichte) zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen

(5) Andeler i et kapitalselskap som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland som tilhører et aksjeselskap som er bosatt i Kongeriket Norge eller et selskap som etter norsk skatterett er likestilt hermed, så vel som dividender som er utbetalt på disse andeler, skal i Kongeriket Norge ved inntekts- og formuesbeskatningen til den norske stat behandles på samme måte som om begge selskaper hadde vært bosatt i Kongeriket Norge, forutsatt at deltakelsen andrar til minst 25% av de stemmeberettigede andeler i det i Forbundsrepublikken Tyskland bosatte selskap.

Artikkel 20

(1) Denne overenskomst berører ikke videregående fritagelser som etter folkerettens alminnelige regler eller særlige avtaler tilkommer diplomatiske eller konsulære tjenestemenn. For så vidt inntekter og formue på grunn av slike videregående fritagelser ikke blir skattlagt i mottagerstaten, forbeholdes beskatningsretten for utsenderstaten.

(2) Medlemmer av en diplomatisk representasjon for en av de kontraherende stater har i mottagerstaten krav på de begunstigelser som er hjemlet i overenskomsten, når de i utsenderstaten blir undergitt skatter av inntekt og formue med de inntekter som tilflyter dem fra mottagerstaten og med formue som omhandlet i artikkel 17 punkt 2.

(3) Internasjonale organisasjoner, deres organer og tjenestemenn samt personell ved diplomatiske og konsulære representasjoner tilhørende utenforstående stater har ikke krav på de begunstigelser som inneholdes i artiklene 7 til 17 når de i den annen stat ikke blir undergitt skatter av inntekt og formue med de inntekter som tilflyter dem fra en av de kontraherende stater og med formue som omhandlet i artikkel 17 punkt 2.

Artikkel 21

(1) Godtgjør en person som er bosatt i en av de kontraherende stater at tiltak som er truffet av skattemyndighetene i de kontraherende stater, for ham har medført eller vil medføre en dobbeltbeskatning som strider mot prinsippene i denne overenskomst, kan han — uten å oppgi noe internt rettsmiddel — vende seg til den kompetente myndighet i den stat hvor han er bosatt.

(2) Finnes innsigelsen begrunnet, skal den etter punkt 1 kompetente myndighet søke å komme til en ordning med den kompetente myndighet i den annen stat for å unngå dobbeltbeskatning.

Artikkel 22

(1) De kontraherende stater vil yte hinannen gjensidig administrativ og rettslig bistand ved fastsettelsen og innkrevningen av de i artikkel 1 nevnte skatter.

(2) De kompetente myndigheter vil særlig gi hverandre de meddelelser som står til deres rådighet eller som de kan skaffe seg i henhold til lovgivningsmessige bestemmelser, og som er nødvendige til gjennomføring av denne overenskomst samt til forhindring av skattesvik. Innholdet av de meddelelser som i henhold til denne artikkel kommer til de kompetente myndigheters kunnskap, skal hemmeligholdes. Dog skal det kunne gjøres tilgjengelig for personer og myndigheter (herunder domstoler) som etter lovgivningen medvirker ved fastsettelse

Vorschriften bei der Festsetzung oder der Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken. Diese Personen und Behörden haben die gleiche Verpflichtung zur Geheimhaltung wie die zuständigen Behörden.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels dürfen nicht dahin ausgelegt werden, daß sie einem der Vertragstaaten die Verpflichtung auferlegen, Auskünfte zu erteilen, die nach den gesetzlichen Vorschriften eines der beiden Vertragstaaten nicht verlangt werden können oder die ein gewerbliches oder berufliches Geheimnis verletzen würden. Die Vorschriften dieses Artikels dürfen auch nicht dahin ausgelegt werden, daß sie einem der Vertragstaaten die Verpflichtung auferlegen, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von seinen Vorschriften oder seiner Verwaltungspraxis abweichen.

Artikel 23

(1) Die Vertragstaaten werden sich bei einer entsprechend ihren gesetzlichen Vorschriften durchgeführten Erhebung der in Artikel 1 genannten Steuern einschließlich der Verspätungszuschläge, Steuerzuschläge, Zinsen und Kosten gegenseitig Hilfe und Beistand leisten, wenn diese Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind.

(2) Dem Ersuchen sind die Urkunden beizufügen, die nach den Gesetzen des ersuchenden Staates erforderlich sind, um nachzuweisen, daß die einzuziehenden Beträge rechtskräftig geschuldet sind.

(3) Beim Vorliegen dieser Urkunden sind die Zustellungen, Einziehungs- und Beitreibungsmaßnahmen in dem ersuchten Staate nach den Gesetzen durchzuführen, die für die Einziehung und Beitreibung der eigenen Steuern anwendbar sind. Insbesondere sind die Vollstreckungstitel in der Form auszufertigen, die den gesetzlichen Vorschriften dieses Staates entspricht. Befriedigungsvorrechte, die in dem ersuchten Staate für inländische Steuerforderungen bestehen, gelten nicht für Steuerforderungen, um deren Einziehung ersucht wird.

(4) Bei noch nicht rechtskräftigen Steuerforderungen kann der Gläubigerstaat für die Wahrung seiner Rechte von dem anderen Staate verlangen, daß die Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, die nach den gesetzlichen Vorschriften des anderen Staates zulässig sind.

Artikel 24

(1) Die Staatsangehörigen eines der Vertragstaaten dürfen in dem anderen Staate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Begriff „Staatsangehörige“ im Sinne dieses Artikels bedeutet:

- a) in bezug auf das Königreich Norwegen alle natürlichen Personen, die die norwegische Staatsangehörigkeit besitzen;
- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- c) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach dem in einem der Vertragstaaten geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Absatz 1 bewirkt nicht, daß deutsche Staatsangehörige die besondere steuerliche Behandlung beanspruchen können, die norwegischen Staatsangehörigen und

sen eller innkrevningen av de skatter som denne overenskomst gjelder. Disse personer og myndigheter har samme taushetsplikt som de kompetente myndigheter.

(3) Bestemmelsene i denne artikkel skal ikke kunne tolkes slik at de pålegger noen av de kontraherende stater plikt til å meddele opplysninger som ikke kan kreves etter lovgivningen i en av de to kontraherende stater eller som ville krenke en forretningsmessig eller yrkesmessig hemmelighet. Bestemmelsene i denne artikkel skal heller ikke kunne tolkes slik at de pålegger noen av de kontraherende stater plikt til å gjennomføre forvaltningstiltak som avviker fra dens forskrifter eller dens forvaltningspraksis.

Artikkel 23

(1) De kontraherende stater vil gjensidig yte hinannen hjelp og bistand ved overensstemmende med sin lovgivning å innkreve de i artikkel 1 nevnte skatter, herunder moratillegg, skattetillegg, renter og omkostninger, når disse beløp rettskraftig skyldes etter den anmodende stats lovgivning.

(2) Anmodningen skal vedlegges de dokumenter som etter den anmodende stats lovgivning er nødvendige for å godtgjøre at de beløp som skal innfordres rettskraftig skyldes.

(3) Når disse dokumenter foreligger, skal forkynnelser, innfordrings- og inndrivningstiltak gjennomføres i den anmodede stat etter de lovbestemmelser som gjelder for innfordring og inndrivning av egne skatter. Særlig skal fullbyrdelsesklausuler (Vollstreckungstitel) avfattes i en form som stemmer med lovgivningen i denne stat. Fortrinsrett som i den anmodede stat er fastsatt for innenlandske skattefordringer, gjelder ikke skattefordringer om hvis innfordring det er fremsatt anmodning.

(4) Ved skattefordringer som ennå ikke er rettskraftige, kan kreditorstaten for å sikre sine rettigheter kreve av den annen stat at det blir truffet de sikringstiltak som er hjemlet i den annen stats lovgivning.

Artikkel 24

(1) Statsborgere i en av de kontraherende stater skal i den annen stat ikke være undergitt beskatning etter forpliktelse som har sammenheng hermed, som er annerledes eller mere tyngende enn den beskatning og forpliktelser som har sammenheng hermed, som den annen stats statsborgere under like forhold er undergitt eller kan undergis.

(2) Begrepet «statsborgere» i denne artikkel betyr:

- a) for så vidt angår Kongeriket Norge alle fysiske personer som har norsk statsborgerrett;
- b) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland alle tyskere som omhandlet i artikkel 116 punkt 1 i Forbundsrepublikken Tysklands grunnlov;
- c) alle juridiske personer, personselskaper og andre personsammenslutninger som er opprettet i henhold til gjeldende rett i en av de kontraherende stater.

(3) Punkt 1 medfører ikke at tyske statsborgere kan gjøre krav på den særskilte skattemessige behandling som i henhold til de norske skattelover for landet (§ 22

gebürtigen Norwegern nach den norwegischen Steuergesetzen für die Landbezirke (§ 22 Abs. 2) und für die Städte (§ 17 Abs. 2) zusteht.

(4) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines der Vertragstaaten in dem anderen Staat unterhält, darf in dem anderen Staate nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen dieses anderen Staates, die die gleichen Tätigkeiten ausüben. Satz 1 ist nicht dahin auszulegen, daß er einen der Vertragstaaten verpflichtet, den im anderen Staat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen oder -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(5) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder der Kontrolle dieser Personen unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Staate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden die Verwaltungsmaßnahmen treffen, die für die Anwendung dieses Abkommens, insbesondere für die Anwendung der Artikel 12, 22 und 23 notwendig sind.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können bei der Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(3) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten, sowie zur Beseitigung von Härten auf Grund einer Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, werden sich die zuständigen Behörden verständigen.

Artikel 26

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Nach dem Inkrafttreten sind die Vorschriften des Abkommens erstmalig anzuwenden:

- a) im Königreich Norwegen
 - auf die Steuern, die auf Grund der Veranlagung 1958 — Einkommensjahr 1957 — erhoben werden;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland
 - auf die Steuern, die für das Kalenderjahr 1957 erhoben werden.

Artikel 27

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragstaaten am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres, aber nicht vor 1962, das Abkommen gegenüber dem anderen Staate schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. Die Vorschriften des Artikels 12 und die Vorschriften des Ar-

annet ledd) og for byene (§ 17 annet ledd) tilkommer norske statsborgere og personer med norsk innfødsrett.

(4) Beskatningen av et fast driftssted som et foretagende i en av de kontraherende stater opprettholder i den annen stat, skal i den annen stat ikke være ugunstigere enn beskatningen av foretagender i denne annen stat som utover samme virksomhet. Første punktum skal ikke tolkes slik, at noen av de kontraherende stater er forpliktet til å innrømme personer som er bosatt i den annen stat skattefrie beløp eller skattemessige begünstigelser eller nedsettelse på grunn av personlige forhold eller forsørgelsesbyrde, som den innrømmer personer som er bosatt på dens eget område.

(5) Foretagender i en av de kontraherende stater hvis kapital helt eller delvis, direkte eller indirekte, tilhører en eller flere personer som er bosatt i den annen stat, eller som kontrolleres av disse personer, skal i den førstnevnte stat ikke være undergitt beskatning eller forpliktelser som har sammenheng hermed, som er annerledes eller mere tyngende enn den beskatning og forpliktelser som har sammenheng hermed, som andre lignende foretagender i den førstnevnte stat er undergitt eller kan undergis.

(6) I denne artikkel betyr uttrykket «beskatning» skatter av en hvilken som helst art og betegnelse.

Artikkel 25

(1) De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal treffe de forvaltningstiltak som er nødvendige for anvendelsen av denne overenskomst, særlig for anvendelsen av artiklene 12, 22 og 23.

(2) De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan ved behandlingen av spørsmål som oppstår etter overenskomsten, kommunisere direkte med hverandre.

(3) Når det gjelder å løse vanskeligheter og tvil som måtte oppstå ved fortolkningen eller anvendelsen av denne overenskomst, eller å avhjelpe urimeligheter som følge av dobbeltbeskatning i tilfelle som ikke faller inn under overenskomsten, skal de kompetente myndigheter treffe særskilt avtale.

Artikkel 26

(1) Denne overenskomst ratifiseres, og ratifikasjonsdokumentene skal snarest mulig utveksles i Bonn.

(2) Denne overenskomst trer i kraft en måned etter utvekslingen av ratifikasjonsdokumentene.

(3) Etter ikrafttreddelsen skal bestemmelsene i overenskomsten første gang anvendes:

- a) i Kongeriket Norge
 - på de skatter som utskrives på grunnlag av ligningen i 1958 — inntektsåret 1957;
- b) i Forbundsrepublikken Tyskland
 - på de skatter som utskrives for kalenderåret 1957.

Artikkel 27

Denne overenskomst skal gjelde på ubestemt tid, men hver av de kontraherende stater kan skriftlig på diplomatisk vei si opp avtalen overfor den annen stat på eller før 30. juni i hvert kalenderår, dog ikke før 1962. Bestemmelsene i artikkel 12 og bestemmelsene i artikkel 19 for såvidt de angår dividender, kan likevel opps-

tikels 19, soweit sie Dividenden betreffen, können jedoch schon vor 1962 gekündigt werden. Im Falle der Kündigung sind die Vorschriften des Abkommens, auf die sich die Kündigung erstreckt, letztmalig anzuwenden:

- a) im Königreich Norwegen
auf die Steuern, die auf Grund der Veranlagung des Jahres erhoben werden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland
auf die Steuern, die für das Kalenderjahr erhoben werden, in dem die Kündigung ausgesprochen wird.

allerede før 1962. I tilfelle av oppsigelse skal de bestemmelser i overenskomsten som oppsigelsen gjelder, anvendes for siste gang:

- a) I Kongeriket Norge
på de skatter som utskrives på grunnlag av ligningen i det år som følger etter det kalenderåret i hvilket oppsigelsen skjer;
- b) i Forbundsrepublikken Tyskland
på de skatter som utskrives for det kalenderår i hvilket oppsigelsen skjer.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Oslo am 18. November 1958 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

TIL BEKREFTELSE HERAV har de befullmektigede fra hver side undertegnet denne overenskomst og forsynt den med sine segl.

UTFERDIGET i Oslo den 18. november 1958 i to eksemplarer på norsk og tysk, slik at begge tekster er like bindende.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Oppler

For Kongeriket Norge:
Halvard Lange

Notenwechsel

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland

Oslo, den 29. Januar 1959

Herr Außenminister,

Unter Bezugnahme auf das am 18. November 1958 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Norwegen innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt. Bei Anwendung des Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Falls dieser Vorschlag die Billigung der Regierung des Königreichs Norwegen findet, sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als eine Vereinbarung angesehen werden.

Genehmigen Sie, Herr Außenminister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Oppler

Seiner Exzellenz
Herrn Außenminister Halvard Lange
Kgl. Ministerium des Äußeren
Oslo

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland

Oslo, den 29. Januar 1959

Herr Utenriksminister,

Under henvisning til den overenskomst som er undertegnet den 18. november 1958 mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ og rettslig bistand for så vidt angår skatter av inntekt og formue samt næringskatt, har jeg den ære å meddele Dem følgende på vegne av Forbundsrepublikken Tysklands regjering:

Overenskomsten gjelder også "Land Berlin" hvis ikke Forbundsrepublikken Tysklands regjering innen tre måneder etter overenskomstens ikrafttreden avgir erklæring i motsatt retning overfor Kongeriket Norges regjering. Hvis overenskomsten kommer til anvendelse overfor "Land Berlin", gjelder henvisningene til Forbundsrepublikken Tyskland også som henvisning til "Land Berlin".

Hvis dette forslag blir godkjent av Kongeriket Norges regjering, blir denne note og Deres svarnote å betrakte som en avtale.

Motta, herr Utenriksminister, forsikringen om min særlige høyaktelse.

Dr. Oppler

Hans Eksellense
Utenriksminister Halvard Lange
Det kgl. Utenriksdepartement
Oslo

Det Kgl. Utenriksdepartement

Ministère Royal
des
Affaires Étrangères

Oslo, 29. januar 1959.

Oslo, den 29. Januar 1959.

Herr Ambassadør,

Jeg har den ære å bekrefte mottagelsen av Deres note av i dag, lydende som følger:

„Under henvisning til den overenskomst som er undertegnet den 18. november 1958 mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ og rettslig bistand for så vidt angår skatter av inntekt og formue samt næringskatt, har jeg den ære å meddele Dem følgende på vegne av Forbundsrepublikken Tysklands regjering:

Overenskomsten gjelder også "Land Berlin" hvis ikke Forbundsrepublikken Tysklands regjering innen tre måneder etter overenskomstens ikrafttreden avgir erklæring i motsatt retning overfor Kongeriket Norges regjering. Hvis overenskomsten kommer til anvendelse overfor "Land Berlin", gjelder henvisningene til Forbundsrepublikken Tyskland også som henvisning til "Land Berlin".

Hvis dette forslag blir godkjent av Kongeriket Norges regjering, blir denne note og Deres svarnote å betrakte som en avtale."

Jeg har den ære å underrette Deres Eksellense om at forslaget fra Forbundsrepublikken Tysklands regjering bifalles av den Kgl. norske regjering. I samsvar hermed er, ved Deres note og den foreliggende svarnote, avtalen mellom våre to regjeringer om å inkludere "Land Berlin" i den overenskomst som ble undertegnet den 18. november 1958, å betrakte som inngått.

Motta, herr Ambassadør, forsikringen om min særlige høyaktelse.

Halvard Lange

Hans Eksellense
Herr Kurt Oppler,
Forbundsrepublikken Tysklands Ambassadør,
etc. etc. etc.

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage, die wie folgt lautet, zu bestätigen:

„Unter Bezugnahme auf das am 18. November 1958 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Norwegen innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt. Bei Anwendung des Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Falls dieser Vorschlag die Billigung der Regierung des Königreichs Norwegen findet, sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als eine Vereinbarung angesehen werden."

Ich habe die Ehre, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß der Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Zustimmung der Königlich Norwegischen Regierung gefunden hat. Demgemäß soll durch Ihre Note und die vorliegende Antwortnote die Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen über die Einbeziehung des Landes Berlin in das am 18. November 1958 unterzeichnete Abkommen als zustande gekommen angesehen werden.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Halvard Lange

Seiner Exzellenz
Herrn Kurt Oppler,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland,
etc. etc. etc.

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Internationalen Fernmeldevertrages Buenos Aires 1952.**

Vom 20. Oktober 1959.

Der in Buenos Aires am 22. Dezember 1952 unterzeichnete Internationale Fernmeldevertrag (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 9) ist in Kraft getreten:

a) für die folgenden ordentlichen Mitglieder
des Internationalen Fernmeldevereins

Ägypten	am 7. Dezember 1954
Äthiopien	am 3. November 1954
Afghanistan	am 4. Oktober 1956
Albanien	am 16. Mai 1956
Argentinien	am 6. Juli 1955

Argentinien hat bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 6. Juli 1955 folgendes erklärt:

(Übersetzung)

«Après avoir vu et examiné la Convention internationale des télécommunications, ses Annexes et Protocoles additionnels, approuvés par la Loi N° 14 332, je les confirme et les ratifie, en m'engageant et m'obligeant, au nom de la Nation, à en exécuter les dispositions et à les faire exécuter fidèlement et invariablement, étant bien entendu que l'article premier de la Convention internationale des télécommunications ne concerne pas et ne comprend pas les Iles Malvinas, les Iles de la Géorgie du Sud, les Iles Sandwich du Sud et les territoires compris dans le secteur antarctique argentin, étant donné que ces territoires ne constituent ni des colonies ni des possessions d'aucun État quelconque, mais qu'ils font partie du territoire national argentin et sont placés sous l'autorité et la souveraineté de l'Argentine.

La République Argentine réserve expressément et maintient intégralement ses titres et droits légitimes sur ces territoires.»

„Nach Durchsicht und Prüfung des Internationalen Fernmeldevertrages, seiner Anhänge und Zusatzprotokolle, die mit dem Gesetz Nr. 14.332 gebilligt wurden, bestätige und ratifiziere ich sie und übernehme im Namen der Nation die Verpflichtung, ihre Bestimmungen auszuführen und getreulich und ständig ausführen zu lassen, mit der Maßgabe, daß Artikel 1 des Internationalen Fernmeldevertrages die Falkland-Inseln, die Inseln von Südgeorgien, die südlichen Sandwich-Inseln und die Gebiete der argentinischen antarktischen Zone weder betrifft noch umfaßt, da sie weder Kolonien noch Besitzungen irgendeines Staates, sondern Bestandteil des argentinischen Staatsgebietes sind und der Autorität und Souveränität Argentiniens unterstehen.

Die Republik Argentinien behält sich ausdrücklich ihre berechtigten Ansprüche und Rechte auf diese Gebiete vor und erhält sie in vollem Umfang aufrecht.“

(Übersetzung)

On September 16, 1955, Her Majesty's Government addressed a communication to the Director General of the International Telecommunication Union rejecting the Argentine claim of sovereignty over the Falkland Islands and their Dependencies.

United Kingdom sovereignty over the entire area was vigorously re-affirmed, and it was stressed that the Falkland Islands and their Dependencies are separately listed as United Kingdom territory in the United Kingdom instrument of accession to the International Telecommunication Union. (Treaty Series No. 36, 1958.)

Am 16. September 1955 wies die Regierung Ihrer Majestät in einer Mitteilung an den Generaldirektor des Internationalen Fernmeldevereins den argentinischen Souveränitätsanspruch auf die Falkland-Inseln und zugehörigen Gebiete zurück.

Die Souveränität des Vereinigten Königreichs über das gesamte Gebiet wurde erneut nachdrücklich bestätigt, auch wurde hervorgehoben, daß die Falkland-Inseln und zugehörigen Gebiete in der Urkunde des Vereinigten Königreichs zum Beitritt zum Internationalen Fernmeldeverein gesondert als Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs angeführt sind. (Treaty Series Nr. 36, 1958)

Australien, einschließlich
Papuagebiete
Norfolk-Inseln
Neuguinea und Nauru
(Treuhandgebiete)

am 22. März 1954

Bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 22. März 1954 hat Australien außer dem im Schlußprotokoll erklärten Vorbehalt noch die folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«D'autre part, le Gouvernement de la Fédération de l'Australie, étant donné que certains pays se sont réservé le droit d'accepter ou de ne pas accepter les dispositions

„Da bestimmte Staaten sich vorbehalten haben, die Bestimmungen des Artikels 6 des Vertrages anzunehmen oder nicht anzunehmen, behält sich andererseits die Re-

de l'article 6 de la Convention, se réserve le droit de prendre toutes mesures nécessaires et, s'il y a lieu, conjointement avec d'autres Membres de l'Union, pour assurer le bon fonctionnement de l'I.F.R.B., pour le cas où les pays ayant formulé des réserves viendraient à ne pas accepter les dispositions de l'article 6 de la Convention.»

Belgien, einschließlich
Belgisch-Kongo und
Ruanda-Urundi

am 10. August 1955

Birma

am 17. Februar 1958

Die birmanische Regierung hat die folgenden Vorbehalte gemacht:

(Übersetzung)

«1. En adhérant à cette Convention, l'Union birmane n'accepte pour son compte d'être liée en aucune façon par le Règlement téléphonique, le Règlement télégraphique, ni le Règlement additionnel des radiocommunications, mentionnés à l'article 12 de la Convention de Buenos Aires (1952).

2. L'Union birmane formule la réserve d'ordre général suivante dont elle demande l'enregistrement: dans le cas où un conflit armé éclaterait, notamment en Asie, tous les navires belligérants, aussi longtemps qu'ils se trouvent dans les ports, dans les rades ou dans les eaux territoriales relevant de la juridiction de l'Union birmane, doivent s'abstenir d'utiliser leurs appareils radioélectriques et leurs appareils de signalisation, sauf pour les appels de détresse et les communications relatives à la sécurité de la navigation ou aux dispositions permettant à ces navires d'atteindre, de quitter ou de traverser en sécurité les ports, les rades et les eaux territoriales susmentionnés, ceci à la condition que ces communications n'apportent au belligérant aucune aide matérielle directe dans la conduite des opérations militaires contre le belligérant adverse. Les émetteurs radioélectriques des navires marchands belligérants pourront être mis sous scellés par les autorités birmanes, et la levée des scellés sera interdite dans toute la zone dépendant des autorités birmanes, à moins que celles-ci n'en prennent elles-mêmes l'initiative.»

gierung des Australischen Bundes vor, gegebenenfalls mit anderen Mitgliedstaaten des Vereins, alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Tätigkeit des Internationalen Fernmeldevereins zu treffen, falls diejenigen Staaten, die Vorbehalte gemacht haben, die Bestimmungen des Artikels 6 des Vertrages nicht annehmen sollten.“

1. Mit ihrem Beitritt zu diesem Vertrag erkennt die Birmanische Union für sich nicht an, in irgendeiner Weise durch die Vollzugsordnung für den Fernsprekdienst, die Vollzugsordnung für den Telegraphendienst und die Zusatz-Vollzugsordnung für den Funkdienst, die in Artikel 12 des Vertrages von Buenos Aires (1952) angeführt sind, gebunden zu sein.

2. Die Birmanische Union macht folgenden allgemeinen Vorbehalt, um dessen Eintragung sie ersucht: Sollte, insbesondere in Asien, ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, müssen alle kriegführenden Schiffe, solange sie sich in den Häfen, auf den Reeden oder in den Hoheitsgewässern, die zum Gebiet der Birmanischen Union gehören, befinden, davon Abstand nehmen, ihre Funkgeräte und ihre Signalgeräte zu benutzen, es sei denn für Notrufe und Mitteilungen betreffend die Sicherheit der Schifffahrt oder für Vorkehrungen, die diesen Schiffen ermöglichen, die vorstehend erwähnten Häfen, Reeden und Hoheitsgewässer sicher zu erreichen, zu verlassen oder zu durchfahren, und sofern diese Mitteilungen dem Kriegführenden keinerlei unmittelbare materielle Hilfe bei der Führung der militärischen Operationen gegen den gegnerischen Kriegführenden geben. Die Funksender der Handelsschiffe der Kriegführenden können von den birmanischen Behörden versiegelt werden; die Entfernung der Siegel ist im gesamten Bereich, der den birmanischen Behörden untersteht, verboten, sofern diese nicht selbst dazu die Initiative ergreifen.“

Bolivien

am 14. August 1959

Brasilien

am 26. April 1957

Bulgarien

am 14. Juli 1956

Ceylon

am 1. Januar 1954

Chile

am 14. Mai 1957

Der Vertrag wurde von der chilenischen Regierung unter Vorbehalt der Artikel 39 und 40 ratifiziert. Gleichzeitig erklärte diese Regierung, daß im Anhang 1 zum Vertrag die Bezeichnung „Kolonien, Protektorate, überseeische Gebiete und Mandats- oder Treuhandgebiete des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland“ weder das chilenische antarktische Gebiet, worauf die Republik sich ihre berechtigten Ansprüche und Hoheitsrechte besonders vorbehält und in vollem Umfang aufrechterhält, umfaßt, noch sich darauf bezieht.

China (Taiwan)

am 3. Februar 1955

Costa Rica

am 24. August 1959

Dänemark

am 1. Januar 1954

Dominikanische Republik

am 27. Juli 1954

El Salvador

am 6. Januar 1954

Finnland

am 1. Januar 1954

Frankreich, einschließlich

Algerien

die überseeischen Gebiete der Französischen Republik und die als solche verwalteten Gebiete:

Französisch-Äquatorialafrika
(Gabun, Mittlerer Kongo,
Ubangi-Schari, Tschad)

Französisch-Westafrika
(Senegal, Französischer Sudan,
Elfenbeinküste, Nigeria, Obervolta,
Dahomey, Mauretanien)

Französische Somaliküste

Französische Niederlassungen in Indien

Französisch Polynesien

Madagaskar und abhängige Gebiete

Neukaiedonien und abhängige Gebiete

Inseln Saint-Pierre und Miquelon

Gebiete unter französischer Treuhand-
verwaltung (französisches Treuhand-
gebiet Kamerun und
Autonome Republik Togo)

Französisch-britisches Kondominium
der Neuen Hebriden

am 19. August 1954

Die französische Regierung hat dem Generalsekretär des Fernmelde-
vereins am 28. Oktober 1954 folgendes erklärt:

(Übersetzung)

«Avons l'honneur de vous faire connaître, à toutes fins utiles, que le transfert (de facto) des Établissements français dans l'Inde au Gouvernement indien sera effectué à compter du 1^{er} novembre 1954.

A partir de cette date, le Gouvernement indien, New Delhi, se substituera à commissaire de la République des Établissements français dans l'Inde, Pondichéry, pour tous droits et obligations aux points de vue postal et télégraphique.»

„Wir beehren uns, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die „de facto“-Übertragung der französischen Niederlassungen in Indien an die indische Regierung vom 1. November 1954 an erfolgt.

Mit diesem Tage tritt die indische Regierung, New Delhi, hinsichtlich aller Rechte und Pflichten bezüglich des Post- und Telegraphenverkehrs an die Stelle des Kommissars der Republik für die französischen Niederlassungen in Indien, Pondichéry.“

Ghana

am 17. Mai 1957

Griechenland

am 13. Dezember 1955

Großbritannien und Nordirland,

einschließlich der folgenden Gebiete, für deren internationale Beziehungen Großbritannien und Nordirland verantwortlich seien:

Normannische Inseln und Insel Man
Kolonien, Protektorate, Überseegebiete
und Mandatsgebiete oder Treuhand-
gebiete des Vereinigten Königreichs
von Großbritannien und Nordirland:
Aden (Kolonie und Protektorat)

Basutoland

Betschuanaland (Protektorat)

Falklandinseln

(Kolonie und zugehörige Gebiete
einschließlich Südgeorgien,

Süd-Orkney-Inseln,

Südshetland-Inseln,

Südsandwich-Inseln und

Grahamland)

Fidschi-Inseln

(einschließlich Pitcairn)

Föderation von Rhodesien und
Njassaland

Tonga-Inseln (Schutzstaat)

Gibraltar

Hongkong
 Malta
 Mauritius
 St. Helena
 (einschließlich Ascension
 [Himmelfahrtsinsel] und
 Tristan da Cunha)
 Seychellen
 Somaliland (Protektorat)
 Swasiland
 Gebiete der Hohen Kommission
 im westlichen Pazifik:
 Salomon-Inseln
 (Britisches Protektorat)
 Kolonie der Gilbert- und
 Ellice-Inseln
 (einschließlich der Gruppe der
 Phoenix-Inseln und nördlichen
 Äquatorialen Sporaden)
 Die südlichen Äquatorialen Sporaden
 Sansibar (Protektorat)
 Zypern

am 1. Januar 1954

Mit Note vom 16. Februar 1955 hat die Britische Botschaft in Bern dem Generalsekretär des Fernmeldevereins mitgeteilt, daß der Vertrag nach Auffassung ihrer Regierung auch für das britisch-französische Kondominium der Neuen Hebriden gelte.

Guatemala	am	1. Mai 1957
Guinea	am	9. März 1959
Haiti	am	23. September 1957
Indien	am	25. Juli 1955
Indonesien	am	15. Juli 1957
Irak	am	4. Februar 1959
Iran	am	7. Dezember 1956
Irland	am	14. Juli 1954
Island	am	1. Januar 1954
Israel	am	10. Juni 1954
Italien	am	10. Juni 1954
Japan	am	1. Januar 1954
Jordanien	am	23. Februar 1956
Jugoslawien	am	16. August 1954
Kambodscha	am	31. Juli 1956
Kanada	am	23. Juni 1954
Republik Korea	am	28. Dezember 1954
Kuba	am	19. Mai 1954
Kuwait	am	14. August 1959
Laos	am	28. März 1956
Libanon	am	2. Juni 1955
Lybien	am	1. Januar 1954
Luxemburg	am	3. August 1954
Malaya	am	3. Februar 1958
Marokko	am	12. November 1956

Aus der Beitrittsurkunde und einer Erklärung der marokkanischen Regierung geht hervor, daß Marokko Rechtsnachfolger der folgenden Gebiete geworden ist:

Ehemaliges Französisches Protektorat von Marokko
 Ehemalige Spanische Protektoratszone von Marokko
 Ehemalige Zone Tanger, ehemalige Zone Spanisch-Südmorokko

Mexiko	am	14. Juli 1954
Monaco	am	10. Juni 1954
Nepal	am	5. Dezember 1957
Neuseeland, einschließlich Cook-Inseln (auch Niue) Tokelau-Inseln West-Samoa (Treuhandgebiet)	am	28. April 1955
Nicaragua	am	8. November 1957
Niederlande, einschließlich Surinam Niederländische Antillen Niederländisch Neuguinea	am	9. Mai 1955
Norwegen	am	11. Mai 1954
Osterreich	am	20. April 1956
Pakistan	am	3. November 1954

In seiner Ratifikationsurkunde hat Pakistan die im Schlußprotokoll gemachten Vorbehalte wiederholt und folgendes erklärt:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement du Pakistan a, en outre, estimé opportun de déclarer, en ratifiant ladite Convention, qu'il comptait que les autres Membres de l'Union tiendraient dûment compte de la situation exceptionnelle du Pakistan en tant qu'État nouvellement créé et feraient preuve d'une bienveillante compréhension à son égard, particulièrement en ce qui concerne l'attribution au Pakistan de fréquences radioélectriques qui pourront lui permettre de satisfaire les besoins de ses services, étant donné que ses possibilités de se conformer aux dispositions de la Convention relatives au Comité international d'enregistrement des fréquences visées à l'article 6 de ladite Convention dépendront dans une large mesure de ladite attribution.»

„Die Regierung von Pakistan hat es im übrigen für zweckmäßig erachtet, bei der Ratifizierung des Vertrages zu erklären, daß sie darauf vertraut, daß die anderen Mitglieder des Vereins der außergewöhnlichen Lage Pakistans als neu errichteten Staates gebührend Rechnung tragen und ihm gegenüber wohlwollendes Verständnis zeigen würden, insbesondere bezüglich der Zuweisung von radioelektrischen Frequenzen an Pakistan, die ihm gestatten würden, den Bedürfnissen seiner Dienstzweige entgegenzukommen, da seine Möglichkeiten hinsichtlich der Einhaltung der Vertragsbestimmungen über den Internationalen Ausschuß zur Frequenzregistrierung gemäß Artikel 6 des Vertrages weitgehend von dieser Zuweisung abhängig sein werden.“

Panama	am	16. Juli 1959
Paraguay	am	24. Mai 1957
Peru	am	4. Juli 1956
Philippinen	am	27. Juni 1955
Polen	am	22. Juni 1956
Portugal, einschließlich Portugiesische überseeische Provinzen	am	20. Juli 1956
Rumänien	am	28. März 1956

Die Ratifikationsurkunde war von folgender Erklärung begleitet:

(Übersetzung)

«En ratifiant la Convention internationale des télécommunications, signée à Buenos Aires le 22 décembre 1952, le Présidium de la Grande Assemblée Nationale de la République Populaire Roumaine a laissé ouverte la question de l'acceptation par la République Populaire Roumaine du Règlement des radiocommunications, auquel se réfère l'article 12 de la Convention, pour la raison que l'enregistrement et la répartition des fréquences dans l'Union internationale des télécommunications sur la base de ce Règlement et des décisions de la Conférence administrative extraordinaire des radiocommunications qui a eu lieu à Genève en 1951, ne tiennent pas compte des intérêts des services de radiocommunications de la République Populaire Roumaine.»

„Bei der Ratifizierung des am 22. Dezember 1952 in Buenos Aires abgeschlossenen Internationalen Fernmeldevertrages hat das Präsidium der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik die Frage der Annahme der Vollzugsordnung für den Funkdienst, auf die sich Artikel 12 des Vertrages bezieht, durch die Rumänische Volksrepublik deshalb offengelassen, weil bei der Registrierung und Verteilung der Frequenzen im Internationalen Fernmeldeverein auf Grund dieser Vollzugsordnung und der Beschlüsse der außerordentlichen Verwaltungskonferenz für den Funkdienst, die im Jahre 1951 in Genf stattgefunden hat, die Interessen der Fernmeldedienste der Rumänischen Volksrepublik unberücksichtigt geblieben sind.“

Saudi-Arabien	am	13. Dezember 1956
Schweden	am	1. Januar 1954
Schweiz	am	1. Januar 1954

Sowjetunion am 12. Januar 1956

Bei der Ratifizierung wurde erklärt, daß die Frage der Annahme der Vollzugsordnung für den Funkdienst durch die UdSSR gegenwärtig offengelassen werde.

Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik am 21. Februar 1956

Bei der Ratifizierung des Vertrages wurde erklärt, daß die Frage der Annahme der Vollzugsordnung für den Funkdienst durch die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik offengelassen werde.

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik am 16. Januar 1956

Bei der Ratifizierung des Vertrages wurde erklärt, daß die Frage der Annahme der Vollzugsordnung für den Funkdienst durch die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik gegenwärtig offengelassen werde.

Spanien, einschließlich

Spanische Besitzungen in Afrika am 16. September 1955

Bei der Ratifizierung des Vertrages hat die spanische Regierung erklärt, daß sie keinerlei Auswirkungen der Vorbehalte annehme, welche die Erhöhung ihres Beitragsanteils zu den Ausgaben des Vereins zur Folge haben könnten.

Sudan am 23. Oktober 1957

Südafrikanische Union, einschließlich

Gebiet Südwestafrika am 29. März 1954

Syrien am 1. Mai 1957

Thailand am 27. August 1956

Tschechoslowakei am 17. April 1956

Die Tschechoslowakei hat bei der Ratifizierung des Vertrages den folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

« N'ayant pas signé les actes finals de la Conférence administrative extraordinaire des radiocommunications (Genève, 1951), la Tchécoslovaquie laisse ouverte la question de l'adoption des dispositions du Règlement des radiocommunications (Atlantic City, 1947) qui, aux termes de l'article 47 du Règlement susindiqué, auraient dû entrer en vigueur à la date fixée par la Conférence administrative spéciale des radiocommunications. »

„Da die Tschechoslowakei die Schlußakte der außerordentlichen Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Genf 1951) nicht unterzeichnet hat, läßt sie die Frage der Annahme der Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst (Atlantic City, 1947), die nach Artikel 47 der erwähnten Vollzugsordnung an dem von der besonderen Verwaltungskonferenz für das Fernmeldewesen festgesetzten Tage hätten in Kraft treten müssen, offen.“

Tunesien am 14. Dezember 1956

Türkei am 6. Oktober 1955

Ungarn am 8. Juni 1956

Der Vertrag wurde von Ungarn mit den folgenden Vorbehalten ratifiziert:

(Übersetzung)

« Étant donné que l'assignation et l'enregistrement des fréquences au sein de l'Union internationale des télécommunications sur la base des décisions de la Conférence administrative extraordinaire des radiocommunications sont en contradiction avec les dispositions du Règlement des radiocommunications, et vont au détriment des intérêts de la République Populaire Hongroise, le Conseil de Présidence, en ratifiant la présente Convention, se voit obligé de considérer l'adoption du Règlement des radiocommunications comme question ouverte. »

„Da die Zuweisung und Registrierung der Frequenzen innerhalb des Internationalen Fernmeldevereins auf Grund der Beschlüsse der Außerordentlichen Verwaltungskonferenz für den Funkdienst zu den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst in Widerspruch stehen und sich zum Nachteil der Ungarischen Volksrepublik auswirken, sieht sich der Präsidialrat bei der Ratifizierung dieses Vertrages genötigt, die Frage der Annahme der Vollzugsordnung für den Funkdienst offenzulassen.“

Uruguay am 10. Juli 1956

Die Regierung von Uruguay hat den Vertrag mit einem Vorbehalt über die Annahme der in Artikel 12 des Vertrages angeführten Vollzugsordnung für den Fernsprehdienst ratifiziert.

Vatikan am 3. August 1955

Venezuela am 24. August 1956

Der Vertrag wurde mit dem folgenden Vorbehalt ratifiziert:

(Übersetzung)

« La République de Vénézuéla n'accepte aucune conséquence des réserves formulées à la présente Convention »

„Die Republik Venezuela nimmt keinerlei Auswirkungen der Vorbehalte an, die zu diesem Vertrag oder zu

ou à ses Annexes ayant pour objet l'augmentation directe ou indirecte de ses quote-parts contributives aux dépenses de l'Union.»

seinen Anhängen gemacht wurden und die unmittelbare oder mittelbare Erhöhung ihrer Beitragsanteile zu den Ausgaben des Vereins zum Ziele haben.“

Vereinigte Staaten von Amerika, einschließlich aller Territorien der Vereinigten Staaten von Amerika	am	27. Juni 1955
Republik Vietnam	am	26. Januar 1956

**b) für die folgenden außerordentlichen
Mitglieder des Vereins**

Britisch-Westafrika, einschließlich Gambia (Kolonie und Protektorat) Nigeria Kolonie Protektorat Kamerun (Treuhandgebiet) Sierra Leone (Kolonie und Protektorat)	am	1. Januar 1954
Britisch-Ostafrika, einschließlich Kenia (Kolonie und Protektorat) Tanganjika Uganda (Protektorat)	am	1. Januar 1954
Britische Besitzungen in Mittelamerika: Bahama-Inseln Barbados Bermuda-Inseln Britisch-Guayana Britisch-Honduras Jamaika Leeward-Inseln Antigua Montserrat St. Christopher Newis und Anguilla Britische Jungfern-Inseln Trinidad und Tobago Windward-Inseln Dominica Grenada Santa Lucia Sankt Vincent	am	28. November 1954
Singapur und Nordborneo: Brunei (Protektorat) Nordborneo (einschließlich Labuan) Sarawak Singapur (einschließlich Weihnachts- Insel)	am	1. Januar 1954
Italienisches Treuhandgebiet Somaliland	am	9. September 1955.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. August 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 884).

Bonn, den 20. Oktober 1959.

**Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein**

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten
des Zusatzprotokolls zu dem Handelsabkommen
zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Spanien vom 7. Mai 1926.**

Vom 13. November 1959.

Gemäß Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. August 1959 zum Zusatzprotokoll vom 8. März 1958 zu dem Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Spanien vom 7. Mai 1926 (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 972) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel II

am 29. Oktober 1959

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 29. Oktober 1959 ausgetauscht worden.

Bonn, den 13. November 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein